

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau  
1 Ntl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie  
1 Ntl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie  
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt  
an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung,  
Herrenstraße Nr. 20  
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen  
Zeitung 14 Sgr

# Breslauer



# Zeitung

N. 32.

Sonntag den 1. Februar

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammerverhandlungen.) — (Der Kampf mit der Zeitungssteuer. Feststellung des Verhältnisses der Regierung zu den Kammern. Abschluß der Vorlagen über die Neubildung der ersten Kammer.) — (Zur Tages-Chronik.) — Aus der Provinz Posen. (Gesellschaften des polnischen Adels. Theuerung und Noth. Die Subaltern-Beamten.) — Deutschland. Frankfurt. (Die österreichische Suprematie in Deutschland.) — Karlsruhe. (Kammer-Verhandlungen.) — Kassel. (Der neue Verfassungs-Entwurf. Veränderte Politik Preußens in Bezug auf Kurhessen in Aussicht.) — Gotha. (Verwerfung der Verfassungs-Propositionen und Auflösung des Landtages.) — Braunschweig. (Einberufung der Kammern.) — Hannover. (Vertagung.) — Bremen. (Verhandlungen der Bürgerschaft.) — Hamburg. (Ein Bankerott. Protest.) — Dänemark. Kopenhagen. (Noch immer die Ministerkrise.) — Österreich. Wien. (Tagesbericht.) — (Die ungarischen Bögeuner. Graf Tieckelmont. Das Handelsministerium.) — Frankreich. Paris. (Revision eines berichtigten Prozesses.) — (Der Senat.) — (Tagesbericht.) — Großbritannien. London. (Die Rüstungen. Der Strike.) — Dublin. (Ermordung.) — Osmanisches Reich. Bosnische Grenze. (Razzia gegen die Griechen.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Central-Auswanderungs-Verein.) — (Augusten-Hospital.) — (Benefiz-Vorstellung.) — Graz. (Erwiderung.) — Kr. Lublitz. (Kommunales. Holzbießläche. Chausseebau.) — Neisse. (Tageszeitungen) — Löwenberg. (Aufhebung einer Amts-Suspension.) — Notizen aus der Provinz. — Sprechsaal. Sonntagsblättchen. — Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtschafft. (Amtliche Verfassungen und Bekanntmachungen.) — (Kleine Nachrichten.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Breslau. (Sitzung der Handelskammer.) — (Plenarsitzung des Gewerberaths.) — (Die diesjährige Tabakrente in Ungarn.) — Breslau. (Rüben-Rohzucker-Markt.) — Von der polnischen Grenze. (Anordnungen gegen die Theuerung.) — Breslau. (Zur schlesischen Industrieausstellung.) — (Welchen Einfluß die abnorme Witterung des Januar auf die Saaten haben kann?) — Breslau. (Produktionsmarkt. Wollbericht.) — (Berliner, Stettiner und Liverpooler Markt.) — Mannigfaltiges.

## Telegraphische Nachrichten.

London, 29. Januar. Das fällige Dampfschiff aus Newyork ist eingetroffen.

New-York, 17. Januar. Der russische und österr. Gesandte haben gegen den Präsidenten wegen der Aufnahme Kossuths remonstriert. (Berl. Bl.)

Turin, 27. Januar. Der Abgeordnete Miglietti hat den Bericht über den Pressgesetzentwurf nebst folgenden Vorschlägen überreicht: Die Geschworenen sind aus den Wahlmännern, und zwar: 200 für Turin und Genua, 100 für die übrigen Städte nach Vorschlag des Appellationsgerichts-Präsidenten, zu erkennen. Diese Geschworenen sollen über Preszvergehen, im 11. bis 25. Artikel des Pressgesetzes vom 26. März 1848 bezeichnet, entscheiden.

Florenz, 26. Januar. Der französische Gesandte Murat überreichte dem Grossherzoge einen Brief des Präsidenten, worin dieser seine Wiederwahl angezeigt.

Rom, 23. Januar. Der sardinische Gesandte Colobiano ist nach Turin abgereist.

## Breslau, 31. Januar.

Mit jedem neuen Tage tritt das Ziel der übermaligen „gründlichen“ Revision unserer Verfassung klarer hervor.

Schon hat die erste Kammer begonnen, in die Verfassung, wie die lezte Rundschau der Kreuzzeitung treffend sich ausdrückt, „mit streng legalen Kugeln tüchtig Bresche zu schießen;“ und selbst denen, welche bisher trotz ihrer Augen und Ohren weder hören noch sehen wollten, was um sie herum vorging, kann es heute nicht mehr zweifelhaft sein, wer durch diese „Bresche“ in die Festung unserer Verfassung einziehen, und nach dem Siege sie nicht etwa in die Luft sprengen, sondern sich selbst in ihr festsetzen und behaupten will.

Denn nicht darum etwa handelt es sich bei dieser Revision, die Rechte der Kammern gegenüber der Krone auf das Maß des vereinigten Landtages zurückzuführen, sondern die Absicht ist vielmehr, diese Rechte in die Hände einer altlandständischen Vertretung zu bringen. Die „Ritterschaft“ soll fortan in den Kammern das Scepter führen, und ohne ihre Zustimmung keine Veränderung in der Gesetzgebung wie in den Steuern erfolgen.

Dieses Ziel hat Herr Stahl, wie die Kreuzzeitung rühmend sagt, „mit bewundernswürdiger Tiefe und Klarheit dargelegt.“ Er nannte den Absolutismus, d. i. die unbeschränkte Königsgewalt, „den Bankrott der Gesellschaft,“ und indem die Kreuzzeitung rechten Überzeugung gekommen sein werden, welche seither in der Wahl des Weges zur Verfassungsrevision abweichender Meinung waren, so hat sie bei diesen Worten sichtlich nur alle diejenigen im Auge, welche wie der Graf Saurma und Genossen um die Beseitigung der Verfassung petitionirten, und dabei an die Herstellung der unbeschränkten Königsgewalt dachten, nach dem Maße, wie solche vor dem März 1848 bestand.

Gegenüber nun diesen „offen und vollständig“ ausgesprochenen Bestrebungen, sollte man meinen, daß es dem Lande nicht gleichgültig sein könne, ob es fortan von der Zustimmung der Ritterschaft vornämlich abhängen wird, durch welche Gesetze das Gewerbe, die Industrie und der Handel geregelt und nach welchen Grundsätzen und Maßen die Steuern vertheilt werden sollen?

Man könnte ferner meinen, gerade die Aussicht auf Erfolg, welche diese Tendenzen leider haben, müßte das ganze Land in Anarchie und Bewegung versetzen und in allen Provinzen, in den Städten wie in den Landgemeinden hunderte von Petitionen und Adressen hervorrufen, um der Regierung wie den Kammern eben so „offen und vollständig“ zu erklären, daß das Land seine höchsten wie realsten Interessen durch eine landständische Vertretung weder gewahrt noch gesichert erachte.

Alein das Land scheint wie bisher so auch jetzt unbeweglich bleiben zu wollen. Es sah Monate lang die dunklen Wolken aufsteigen, welche das nahende Unwetter verkündeten, und regt sich auch jetzt noch nicht, da die Blicke schon zu leuchten beginnen, welche die Verfassung zerreißen werden.

Gilt denn die Verfassung auch ihm, wie Herrn Stahl, für ein „Kartenhaus“? oder glaubt es wirklich, daß es in dem „steinernen“ Hause der landständischen Verfassung, besser als bisher wohnen werde?

Mögen sich Diejenigen, welche gegenwärtig mit dem Winde der Reaktion segeln, über die wahre Antwort auf diese Fragen nicht täuschen. Der Ruhe und dem Schweigen des Landes liegt kein innerer Beifall, keine sich selbst bewußte Zustimmung zu Grunde. Es beruht diese Ruhe und dieses Schweigen vielmehr auf demselben Gedanken, welchen der General Foy im Jahre 1824 dem Ministerium Vilse unter ähnlichen Umständen entgegenhielt, auf dem Gedanken: „ihr habt die Macht und gebietet über sie, aber die Sympathien der Herzen habt ihr nicht; wir haben nichts mit einander gemein.“

So richtig aber auch diese Worte die Ruhe und das Schweigen des Landes erklären, so wenig reichen sie doch, wie wir meinen, dazu aus, beides zu rechtfertigen. Wie die Einzelnen, so sind auch die Völker ihres Glückes eigener Schmied, und ein Volk, welches theilnahmlos bleibt, wenn die Verwaltung die Rechte biegt, die eine beschworene Verfassung ihm gewährt; welches stumm zuhört und zusieht, wenn die Mehrheit seiner Vertreter sich offen dazu bekennet, in die Verfassung „mit streng legalen Kugeln tüchtig Bresche schießen“ zu wollen — ein solches Volk ist nicht seines Glücks, sondern seines Unglücks eigener Schmied!

Schon jetzt fangen die Flüchte dieser Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit, dieses Optimismus wie Pessimismus zu reisen an, und gar viele von denen, welche es auch noch jetzt vorziehen, die Hände in den Schoß zu legen, werden sie im Jammer ringen, wenn ihnen über kurz oder lang die ganze reiche Ernte zu Haus und Hof kommen wird. Denn wohin muß es führen, wenn die einen entschlossen sind, die Sache aufs Neuerste zu treiben und die Anderen, sie bis zum Neuersten kommen zu lassen?

Es sagen zwar Wiele, was würde es helfen, unsere Stimme gegen jene Tendenzen zu erheben? sie würde verhallen und unser Wort die Macht der Reaktion nicht brechen, welche naturgemäß ihre Bahn vollenden muß bis ans Ziel.

Haben aber Diejenigen, welche also sprechen, schon irgend einen Versuch der Art mit Ernst, Nachdruck und Ausdauer gemacht? oher haben sie nicht vielmehr seit länger als Jahr und Tag zu allen und jeden politischen Vorgängen im eigenen Vaterlande geschwiegen, als wenn das privative Interesse der einzelnen Bürger gar nichts mit den öffentlichen Interessen gemein und zu theilen hätte.

Wir sind wahhaftig keine Sanguiniker in der Politik, aber noch weniger können wir uns zu dem Fatalismus bekennen, der sich willen- und widerstandslos Allem unterwirft, was über ihn kommt, und sich damit zu trösten sucht, daß die „naturgemäße“ Entwicklung oder das Schicksal es so und nicht anders bestimmt habe. Unser Schicksal machen wir zum großen Theil selbst, und es ist kein unwahres Wort, daß auch Gott den nicht verläßt, der sich nicht selber verläßt.

Versuche also nur einmal die große Masse aller derer, welche mit Herrn Stahl und von Gerlach nicht sympathisieren, auch ihre Stimme gegen die immer unverhülltere und weitergreifende Reaktion zu erheben. Jene Herren rühmen sich im Sinne des Landes zu sprechen und zu handeln; sie berufen sich hierbei auf einige Adressen und Petitionen, welche ihre Gesinnungsgenossen für sie zusammengebracht und eingesandt haben. Man stelle ihnen andere Adressen und Petitionen entgegen, und zeige ihnen schwarz auf weiß die wahre Stimmung des Landes. Die Verfassung gewährt allen die gesetzlichen Mittel und Wege hierzu, und eine entschieden ausgesprochene öffentliche Meinung ist noch niemals in der Welt ohne Wirkung auf Regierungen wie Kammern geblieben!

Wenn man aber jene Mittel nicht ergreifen, und jene Wege nicht geben will, weil man entweder gleichgültig ist gegen die Verfassung, oder auf sie mit Geringsschätzung herabstellt, dann klage man auch über das, was geschieht und kommt, nicht die Regierung und Kammern, oder gar das „naturgemäße“ Schicksal an; sondern sich selbst und sein eigenes Thun und Lassen.

Breslau, 31. Jan. [Zur Situation.] In beiden Kammern haben interessante Debatten stattgefunden, wodurch theils die Stellung unseres Ministeriums zu den Prinzipien des Constitutionalismus heller ins Licht gesetzt, theils die Absichten der Revisionsparteien sich deutlicher herausgestellt haben. Gegen den Beseler'schen Antrag ist übrigens die von der Kommission in Antrag gebrachte Tagesordnung angenommen wor-

den. Interessant ist auch die Aeußerung des Herrn v. Westphalen in der Kommission für die Gemeinde-Ordnung. Der Herr Minister erklärte, daß diese ein Werk seines Vorgängers im Amte sei, und er daran nicht nur keinen Anteil, sondern in seiner früheren Stellung sofort Protest dagegen erhoben habe; er fügte jedoch, nachdem er die Zusammenberufung der Provinziallandtage durch die Weigerung der Kreiskommissionen, die Verantwortung bei den Reparationen wegen der Mobilmachung zu übernehmen, gerechtfertigt, schon damals hinzu, er räume ein, daß die Provinziallandtage zwar kommunallandständische Bedeutung hätten, und daß das Interimistum fort dauern werde, bis die Gesetzgebung in der Gemeindeordnungssache ihr Definitivum erlangt habe; ihre legislative Stellung hätten sie jedoch verloren.“

Uebrigens versichert unser Berliner Correspondent, daß die im Schoße des Cabinets ausgebrochene Meinungsverschiedenheit nunmehr vollständig beseitigt und man zur Einhelligkeit zurückgekehrt sei.

Die Sp. 3. bringt am Schluß einer diplomatisch gewundenen und theilweise nicht ganz verständlichen Mittheilung über die Differenzen, die im Ministerium existirt haben sollen, die aber jetzt ausgeglitten wären, Folgendes als das Resultat der Vereinbarung in Bezug auf die Zusammensetzung der ersten Kammer: „Die erste Kammer soll aus den Prinzen des königlichen Hauses, sobald sie volljährig sind, aus den Häuptern der hohenzollernschen Fürstenhäuser, aus den Inhabern des großen Grundbesitzes, in die die ehemaligen, innerhalb des preußischen Staates wohnenden, Reichsunmittelbaren eingeschlossen sind, und aus den Spiken der Staatsverwaltung und des Heeres bestehen; und die Krone die Initiative der Berufung in Anspruch nehmen. Man erwartet, daß eine entsprechende Vorlage den Kammern nächstens gemacht werden wird.“

Leider glaubt uns derselbe oben bezeichnete Berliner Correspondent versichern zu dürfen, daß auf eine Ablehnung des Gesetzentwurfs über die Zeitungssteuer Seitens der Kammern nicht zu hoffen sei, mit welcher energischen Uebereinstimmung sich auch das Publikum und die Presse selbst gegen dieses Projekt ausspricht, welches nicht ohne den Ruin großer, mit erheblichem Kostenaufwande hergestellter Institute und nicht ohne die tiefgreifendste Benachtheiligung zahlreicher Industrie- und Arbeitsklassen möglich ist. —

Die N. Pr. 3. sagt: „Nach den von uns angestellten ungefähren Berechnungen würde die vom Ministerium proponirte Zeitungssteuer sich für unser Blatt auf jährlich gegen 23,000 Thaler, d. h. auf etwa  $\frac{1}{5}$  unserer Bruttoeinnahme, belaufen, zusammen mit der Postprovision aber beinahe  $\frac{1}{3}$  dieser Einnahme erreichen. Bei der ganzen Regierungs-Vorlage will uns immer noch nicht einleuchten, was nun eigentlich besteuert werden soll: ob das Papier oder der Druck, ob die Intelligenz oder das Gewerbe? Wenn letzteres, so fragen wir, ist es erhört, daß irgend ein anderes Gewerbe jemals mit einer Auflage belastet wurde, welche die Hälfte seiner Brutto-Einnahmen absorbierte? Eine Besteuerung politischer Meinungen können wir uns nicht vorstellen; will man aber das Papier besteuern, warum nicht ebenfalls andere Druckwerk, das Schreibpapier, die Aktenschreiber nicht ausgenommen, da doch mindestens eben so viel Unnützes geschrieben als gedruckt wird! Wir wiederholen es: die vorgeschlagene Zeitungssteuer ist exorbitant, und sie muß vernichtet auf die Tagespresse wirken. Ueberdauern werden eine solche Belastung im Wesentlichen nur wieder jene vielbegünstigten Abonnementblätter, denen bisher noch jede neue Preismöglichkeit zu Gute gekommen. Sie werden sich durch Steigerung des Insertionspreises schadlos halten und durch den hiermit ermöglichten niederen Abonnementssatz diejenigen Blätter in ihrer Verbreitung beschränken, welche bei einer geringeren Zahl von Inseraten auf die Erhöhung des Abonnements angewiesen sind.“

Wie uns das C. B. versichert, sollen die Einladungen zu dem Zollvereins-Kongress expediert werden, sobald die amtliche Anzeige von der Genehmigung des September-Vertrages durch die Kammern aus Hannover in Berlin eingegangen ist. Dass Österreich in keiner Weise an dem Zollvereins-Kongress Theil nehmen wird, verstände sich von selbst.

Der Sp. 3. zu Folge soll die Konferenz auch dazu benutzt werden, um die Regelung der Messen zu Leipzig und Frankfurt a. d. O. derartig zu bewirken, daß fortan nur noch zwei Messen jährlich bestehen sollen.

Während heut die N. Pr. 3. die Hoffnung ausspricht, daß die dänische Regierung Geneigtheit zeige, den letzten Forderungen der deutschen Großmächte in Bezug der Herzogthümer nachzugeben — auch der Augenblick nicht mehr fern sein dürfe, in welchem die Truppen dieser beiden Mächte ihren Rückzug antreten werden, und auf das Bestimmteste erklärt, daß das Gerücht, die Österreicher würden in Hamburg stehen bleiben, jeder Begründung entbehre; meldet uns unser hamburgischer Correspondent, daß der dortige Senat doch vorerst genöthigt gewesen sei, gegen das fernere Verbleiben der unliebsamen Gäste zu protestiren.

In Gotha ist es zu einer Auflösung des Landtags gekommen, nachdem derselbe die Verfassungs- und Vereinigungs-Propositionen der Regierung verworfen hat. In Braunschweig ist der Landtag einberufen worden.

Über die Thätigkeit des Bundesstages äußert sich heut das C. B. folgendermaßen: Was die Presse anlangt, so hat Österreich in Bezug auf die Feststellung der allgemeinen Normen gewissermaßen den Weg freier Vereinbarung betreten, indem es den in der Fachkommission berathenen Entwurf den Einzelregierungen direkt zugehen läßt, um auf diesem Wege eine Verständigung herbeizuführen, der dann eine wiederholte Berathung in Frankfurt folgen soll. — Eine andere Angelegenheit, — die Errichtung einer Central-Polizei-Behörde — mit der sich der Ausschuss der Bundesversammlung schon seit Monaten beschäftigt, kann nicht leben und nicht sterben. — Trotz des Hinziehens der Berathungen im Ausschuß und der mehrmaligen Verschiebung der Berichterstattung an die Bundesversammlung, ist der Ausschuss auch zur Stunde noch nicht in der Lage, einen Antrag der Versammlung vorzulegen. Jetzt, wo die Berichterstattung schwerlich noch länger zu verschieben sein möchte, wird dieselbe nur in der Aufführung der Voten der einzelnen den Ausschuss bildenden Gesandten bestehen können. Eine Berichterstattung in dieser Weise steht nun bevor und namentlich möchten wir auch aus der Sachlage die Ansicht schöpfen, daß von einem konformen Aufstellen der österreichischen und der preußischen Regierung nicht wohl die Rede sein kann. — Leicht möchte bei dem Referat eine ganz neue Anschauung der Frage sich geltend machen, — (von österreichischer Seite verharrt man immer noch dabei, eine solche Central-Polizei-Behörde ins Leben zu rufen,) — und ein Vorschlag auf Bildung dieser Exekutive-Kommission durch Österreich, Preußen und abwechselnd einem der andern Königreiche in Antrag kommen.

Merkwürdig ist es, wie auf einmal die Furcht vor Kriegseventualität überhand nimmt. Nicht blos England wird alarmiert; man versucht es auch bereits mit Deutschland; und die Kölnische Zeitung, welche auf einmal anti-bonapartistisch geworden, pfeift bereits die Beckersche Rheinliedsmelodie.

Die N. Pr. 3. dagegen, obwohl sie meldet, daß in Belgien Pferde von französischen Händlern aufgekauft würden und von dem preuß. Patriotismus erwartet: daß in Preußen die französischen Käufer keine Pferde finden würden — ist minder besorgt. Sie sagt:

„Wir haben schon gestern bemerkt, daß wir die Annahme der „Augsb. Allg. Ztg.“, als könne Frankreich sofort eine Armee von 450,000 Mann an die Grenze schicken, nicht theilen. Wir begründen dies mit Folgendem. Die französische Armee zählt 380,000 Mann unter den Fahnen, 110,000 Mann in der Reserve; die nächste Aushebung beträgt 80,000 Mann; Summa: 570,000 Mann. Davon sind 190,000 Mann nicht exerzirt, zu deren Ausbildung müssen Cadres von mindestens 30,000 Mann zurückbleiben. Weniger als 20,000 Mann werden in Algier kaum zurückgelassen werden können. Die Gendarmerie beträgt 25,000 Mann. Es bleiben also disponibel: 305,000 Mann, worunter aber alle Offiziere und Beamte, Train n. s. w. eingerechnet sind. Diese Zahl aber kann kaum unter 2 Monaten an die Grenze gebracht werden, theils wegen der weiten Marsche, theils wegen der mangelnden Bespannung der Artillerie, deren Ergänzung bekanntlich in Frankreich sehr schwierig ist. Die Kavallerie ist dagegen so vollständig beritten, daß nur unbedeutende Ankäufe für sie nothwendig sind, und hat den großen Vorzug, daß sie im Frieden schon so organisiert ist, wie sie ins Feld rückt. — Unser Glaube an Krieg nimmt indes nicht in dem Maße zu, wie der jener Blätter, welche früher unsere Kriegserwartung veracht haben. Denn die Wahrscheinlichkeit der anderen Alternative nimmt so zu, daß die Alternative des Kriegs zurücktritt. „Le vide autour du Président“ nimmt so zu, daß er sich bald zum Gouffre für ihn vertiefen kann. Die Liste der Staatsräthe ist in dieser Beziehung sehr lehrreich.“

Dieselbe Zeitung giebt in Bezug der französischen Zustände folgendes Resumee ihrer Anschauungen:

„Mehe und mehr verstärken sich die Gerüchte, daß der Präsident gedenke: 1) eine Einkommensteuer einzuführen; 2) die Sproc. Rente zu reduciren; 3) Papiergebund zu emittieren (angeblich zur Betreibung von Hypothekenbanken). Eide brechen, politische Komödien spielen, Deportiren, Füsilieren: das Alles dulden die Franzosen lächelnd. Die Konfiskation des Eigenthums eines Zweiges der königlichen Familie macht sie schon bedenklicher: — denn die Reihe der Konfiskation kann auch einmal an die Banquiers kommen. Aber jene drei Maßregeln werden sie nicht ertragen, das ist, als wenn man einen Türk am Barte zupft. Und darum glauben wir auch für jetzt an jene Gerüchte nicht.“

## Preußen.

Berlin, 30. Januar. [Amtliches] Se. Maj. der König haben allernächst geruht: den bisherigen Kammergerichts-Rath Dr. Mollard zum geheimen Revisions-Rath und Mitgliede des Revisions-Kollegiums für Landes-Kultur-Sachen hierselbst zu ernennen; dem Haupt-Kassen-Kassirer Gerst zu Aachen, und dem Ober-Buchhalter Hermann ebendaselbst, den Charakter als Rechnungsrath; so wie dem Steuer-Einnehmer Lichtenstag zu Elberfeld, den Titel als Rechnungsrath zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath, Graf von Renard, von Groß-Strehlitz. Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath Camphausen von Köln. — Abgereist: Se. Erlaucht der Graf Heinrich von Schönburg-Glauchau, nach Dresden.

## Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 30. Januar.

Am Ministerthale: v. Naumer, Simons, v. Westphalen. — Der Bericht über die Melioration der schwarzen Elster wird in die Kommission noch einmal zurückgewiesen. Die Anträge der Kommission in Bezug des Gesetzes, bezüglich der Vereinigung der beiden obersten Gerichte werden angenommen.

Es folgt nun der Bericht über die Revisionsanträge Gaffron, Bander, Klee und von Plötz. — Der Referent Herr v. Plötz für die bekannten Anträge der Kommission. — Abg. v. Bünke hat den Antrag auf einfache Tagesordnung eingebracht.

v. Gerlach hält es für nötig, in der allgemeinen Revision auf die Rede Sr. Maj. des Königs bei Gelegenheit der Vereidigung beider Kammern hinzuweisen, und zwar auf die durch Sr. Maj. ausgesprochene Bedürftigkeit fernerer Verbesserungen der Verfassungs-Urkunde.

Abg. v. Bünke. Er habe die Verfassung einfach und ohne jede Reservation beschworen. Das gegenwärtige Drängen auf fortwährende Veränderung der Verfassung sei nicht geeignet, Rechtsgefühl und Vertrauen im Volke zu wecken und zu erhalten. Wenn man der Verfassung den Vorwurf revolutionären Ursprungs mache, so möge man bedenken, daß es eine Macht gewesen sein müsse, durch welche die Verfassung entstanden, und daß diese bis zur Unmöglichkeit eines Widerstehens nicht alleit vernichtet geglaubt werde. Die Bajonetten hätten nicht allein jeden Widerstand befehligt, sondern gewiß auch die Verfassung, welche damals oktohirt wurde. — Suchen wir nicht fort und fort auszulösen, was besteht, sondern zu erhalten. (Beispiel.)

Brüggemann: Wer verbessern wolle, der wolle auch erhalten. Die Befürchtung wegen der kurzen Erfahrung sucht der Redner zu widerlegen. Man würde nicht zurückschreiten bei Schluss eines Baues Fehlerhaftes zu befechten, warum wolle man jetzt gefährliche lockere Bausteine nicht bereitstellen. — Der Redner richtet sich gegen die systematische Opposition gegen die Regierung und gegen dieses moderne konstitutionelle System. Die Zeit nach 1848 habe nicht eben passende legislatorische Lebjahe gewährt. Von der ungemeinlichen Freiheit gelte daselbe, was von der ungemeinlichen Lust — sie sei tödtlich. — Wahrhaft lebensfähiger sei auch re-generationsfähig. — Letzte für einfache Tagesordnung, gegen die Ansicht Gerlachs, Preußens Größe beruhe auf dem Feudalstaate, und die Entwicklung dieses sei die Entwicklung des preußischen Staats. Er verweist auf eine andere Auffassung Seitens unserer Kurfürsten und Könige, auf die Erfüllung einer traditionellen Aufgabe durch Stein und Hardenberg. — Der Feudalismus hat das Reich Karl des Großen gesetzt, und ihm verdankt man die Ohnmacht Deutschlands. Die preuß. Verfassung stimme sehr wohl mit der preuß. Geschichte überein, sie enthalte wenig Grundsätze persönlicher Freiheit, die nicht bereits in dem Allg. Landrecht vorhanden und in dieses bereits als eine Erbschaft von den Regierungsprinzipien des großen Kurfürsten übergegangen seien. Es gebe keine systematische Opposition, er und seine Partei kämpften für alt gut preußisches Recht. — Kühne. Er habe die Verfassung und mit ihr den Revisionsartikel, aber nicht als einen solchen beschworen, der als Handhabe zur Aufhebung der Verfassung selbst dienen sollte oder könne. Die Regierung, der man Verfassungskommission-Vorschläge in den Mund gelegt habe, habe solche Vorschläge noch nicht gemacht, sie wolle sie also wahrscheinlich nicht, da er nicht annehmen wolle, daß die Regierung die Kammern als Handhabe zu Abänderungen benutzen wolle, die sie selbst zu beantragen sich scheue. Das wäre das Zeichen einer schwachen Regierung. Er müsse sich gegen die „Treibjagd“ auf einzelne Verfassungs-Paragrafen stellen. — Erinnert an den Dauf des Königs bei Bechwörung der Verfassung für die Revisionsarbeit. — Man kommt zur namentlichen Abstimmung über die einfache Tagesordnung. Dieselbe wird mit 95 gegen 45 Stimmen verworfen.

Man geht zur Spezialdiskussion über. — Abg. Klee für seinen Antrag auf Wegfall der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der 2. Kammer. Degenkolb. Abgesehn von der Tendenz des Antrages, sei es unangemessen, einen solchen Antrag aus dieser Kammer auszuhängen zu lassen. — v. Below für den Kleeschen Antrag. Minist. des Innern. Die Diätenfrage stehe mit dem Wahlgesetz zur 2. Kammer in engem Zusammenhang. Mindestens gegenwärtig erkläre sich die Regierung gegen den Kleeschen Antrag. Hierauf zieht der Antragsteller seinen Antrag zurück.

Der zweite vorliegende Revisionsantrag v. Gaffron, die Bestimmung „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer“ (Art. 78 der Verfassung) aufzuheben, wird Namens der Kommission und von dem Antragsteller Herrn von Gaffron empfohlen. — Camphausen. Es sei eine andere Frage, ob man Beamte überhaupt von der Mitgliedschaft in den Kammern ausschließen wolle, oder ob man dies in die Gewalt des Ministeriums lege. Der vorliegende Antrag sei geeignet, in der Nation den Glauben an die Freiheit der Kammern zu unterdrücken. Er erblide eine destruktive Tendenz in dem Antrage, der auch dem Beamtenstande und der dielem eingeräumten moralischen Stellung und Einflusse Gesicht drohe. — Im Laufe der Rede verwahrt sich Herr Camphausen gegen den Vorwurf systematischer Opposition. Herr Brüggemann repliziert, er will sich in anderer Weise ausgedrückt haben und bemerkt, daß er gegen den vorliegenden Antrag stimme. Graf Jenaply für Gaffrons Antrag. Die Opposition der Beamten in den Kammern habe die gute preuß. Ordnung erüttelt. Graf Hellendorf. Ohne Abgeneigtheit gegen jede Verfassungsänderung lege er sich bei jeder proponirten die Frage vor, ob sie auch eine Verbesserung sei. Im vorliegenden Falle spricht er sich gegen Verfassungs-Abänderungen aus, weil er den Antrag nicht für ganz zweckmäßig hält, jedenfalls ist dies eine Angelegenheit, in welcher die Regierung die Initiative ergreifen müsse. v. Zander. Sein Prinzipialwunsch sei, daß die Kämmer bei durch den Departementsminister verweigertem Urlaub für einen gewählten Abgeordneten, die Erheblichkeit der ministeriellen Einsprache entscheide, — event. sei er für den vorliegenden Gaffrōnschen Antrag. Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Baumstark. Die Folge des Antrags wäre eine teilweise Unterdrückung des freien Wortes in der Kammer. — Er würde als Staatsbeamter, wenn er Urlaub fordern müßte, ein Mandat nicht annehmen. — v. Behmann-Hollweg. Die Regierung wolle doch in den Kammern nicht sich selbst in ihren Organen, sondern die Stimme des Landes hören. Der Beamte ist nicht blos Beamter, sondern auch Bürger. — Er will Kategorien unterscheiden, — die Justizbeamten hätten als Beamte keine politische Stellung. Unvereinbar sei der Sit in der Kammer mit der Stellung der Ministerbeamten, der höchsten Verwaltungschefs in den Provinzen, der Gefandten &c., vereinbar erscheine ihm eine Kammerstellung mit dem Amt eines Statth. eines Kollegiums und eines Landrats. Der öffentliche Dienst habe unter dem herrschenden System wohl nicht gelitten, da der Vertreter Sr. Maj. des Königs auf einem wichtigen Gesellschaftsposten und der Oberpräsident einer als schwierig zu verwalten bezeichneten Provinz doch ohne Vernachlässigung des Dienstes ihren Sit in den Kammern einnehmen. Bewahren Sie Preußen vor Herabstufung des Beamtenstandes und vor einem Constitutionalismus wie der französischen. (Lauter Beifall.)

Minister des Innern. Der Art. der Verfassung entspreche dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht. — Es sei eine Konsequenz des Konstitutionalismus, ob vortheilhaft für den Dienst des Königs, sei eine andere Frage: er habe die Überzeugung des entschiedenen Nachtheils. Wie unsere Farben einfach schwarz-weiß, so müsse man annehmen, daß die nächste und einfachste Pflicht die Wahrnehmung des übernommenen Amtes sei; für Annahme des Antrags.

Ein abermaliger Antrag auf Schluß wird angenommen. Es wird namentlich über den Gaffrōnschen Antrag abgestimmt, und die Abänderung des Art. 78 der Verfassung mit 77 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Herr v. Düesberg, Graf Ritterberg und mehrere andere Abg. enthalten sich der Abstimmung. Mehrere Abgeordnete der Rechten, wie Herr v. Metternich &c. stimmen gegen den Antrag.

Man geht zur Diskussion des Antrags auf Festsetzung 2jähriger Kammerreinberufung, 2jähriger Staats- und 6jähriger Legislaturperioden über. v. Plötz vertheidigt diesen Antrag gegen die Einwendungen der Kommission. Der Antrag wird nach Vorschlag der Kommission verworfen. Ein Antrag auf Vertagung der Debatte über Zanders Antrag (Abänderung Art. 62) bis Bericht der Kommission über andere Revisionsanträge der Abg. v. Zander und Alvensleben vorliegen, wird angenommen, — Die Beantragung und Vertagung, bis über den Hessischen Antrag Bericht vorliegt, wird mit 64 gegen 60 Stimmen abgelehnt, worauf namentlich abgestimmt und der Antrag auf Vertagung bis nach Erledigung des Hessischen Antrags mit 72 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Wegen des kathol. Feiertages am Montag, nächste Sitzung Dienstag — Präsidentenwahl.

## Zweite Kammer. Sitzung vom 30. Januar.

Bei Eröffnung muß die Vollzähligkeit der Kämmer durch Aufruf festgestellt werden. Urlich nimmt die gestern vertagte Diskussion auf: Er will alles Fremdartige aus der Debatte fern gehalten wissen. Der Beisitzerliche Antrag wolle nur Preußen auf die Pflichten hinweisen, die es in seiner gegenwärtigen Stellung am Bundestage wahrzunehmen habe. Er könne die Besorgnisse für die preußische Verfassung nicht aufgeben, wenn er den Herrn Ministerpräsidenten sich als einen so entschiedenen Gegner des parlamentarischen Lebens erklären hörte. — Min.-Prä. v. Manteuffel: Er sei gewohnt, seine Worte falsch gedeutet zu sehen. Nicht das parlamentarische Leben habe er verworfen, sondern das parlamentarische Regiment. Preußen — das glaube er erklären zu dürfen — habe den Vorzug, daß es ein parlamentarisches Leben haben kann, und es dürfe sich diesen Vorzug nicht entziehen lassen. Aber das parlamentarische Regiment erfordere zwei Bedingungen: „konzentrieren Sie die getrennten auseinanderliegenden Bestandtheile und umgeben Sie das Land mit dem Ocean, — dann wird es mit dem parlamentarischen Regiment zu bestehen vermögen!“ (Beifall.) — Graf Arnim erläutert, daß das Heraufstinken Preußens, welches die linke Seite des Hauses behauptete, noch immer nicht die Stufe erreicht habe, auf welche 1848 die Mitglieder derselben Seite das Land gebracht hätten. Damals hätte Preußen marschiiren müssen, wenn das Kabinett des Reichsverwesers es angeordnet hätte. Was die 7jährigen Freundschaft Russlands betreffe, so erinnere er an die Umkehr der Russen im Mittelpunkte Russlands, an die Regeneration, welche der gewiß preußische Mann, Stein, aus dem für eine gute Sache gekämpft, mit ihnen werden wir gemeinsam kämpfen, wenn es eine gute Sache auszufechten giebt, und die Antipathien, welche Friedrich und der große Kurfürst in der uns 1848 unterordnen wollten, auch nicht erloschen. Allerdings sei es sehr bedenklich, wenn Preußen, aber der Reichsverweser und Österreich und — die deutsche Nationalversammlung hätten. (Der Präsident erinnert den Redner, die Debatte nicht zu einer Privatkonsversation zu gestalten.) Aber der Fall könne sehr wohl eintreten, daß preußische Grenadiere nicht gezwungen, sondern auch die Solidarität der parlamentarischen Interessen, gegen die er wahrlich nichts habe, könne zu Allianzen führen, die nicht zum Wohle Preußens und Deutschlands gereichen. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Simson: Die staatsrechtliche Seite des vorliegenden Diskussions scheint erschöpft, man müßte denn, wie gestern der Abg. für Hagen (Bodelschwingh) die deutliche Bestimmung des Art. 32 der Wiener Schlupfakte absichtlich ignorieren. Diese Seite nicht berührend, wendet sich der Abg. gegen die Entstellung der Lütschen, mit welcher Gr. Arnim der Partei des Redners den Vorwurf gemacht, daß gerade sie vor 4 Jahren die Souveränität Preußens einem Prinzen des Hauses unterworfen, gegen daß sie heut nicht genug glaube polemisierten zu können. Allerdings sei Preußens Majot 1848 einen Augenblick gleich Null gewesen, dies sei in Folge des 18. März geschehen. Wie aber könne man diesen 18. März den Männern zur Schuld anrechnen, deren Witken erst nach ihm fällt? Er rechtfertigt dann die Thätigkeit der Preußen in der frankfurter National-Versammlung, wo sie auch im Falle, daß sie sämtlich wie ein Mann stimmten, stets in der Minorität hätten bleiben müssen, mit der Thatfrage, daß während noch im Juli 1848 für die provisorische Regierung Deutschlands ein österreichischer Prinz gewählt wurde, im März 1849 die erblische Annahme der Kaiserkrone von der selben Versammlung Preußens Könige angefragt worden. Sich gegen die Behauptungen des Vorredners und dessen Anführung der Autorität Steins sich wendend, sagt er, jedes spätere Jahrzehend werde immer mehr beweisen, was schon Stein lange vor 1848 gewußt, daß Österreich und Preußens Verhältnis ein freundschaftliches sein könne und müsse, daß ihr Zusammensein wohl in

zwei getrennten Häusern möglich sei, nicht aber ihr Wohnen unter einem Dache. Graf Arnim habe als ehemaliger Minister auf das Entstehen der damaligen frankfurter Versammlung mindestens ebensoviel Einfluß gehabt als der jetzige Herr Ministerpräsident. Theil habe an der Versammlung und Versammlung von Erfurt. Die Freiheit bei uns ist bedingt durch das Königthum, aber auch das Königthum durch die Freiheit. Der Absolutismus ist eine Schwächung des Königthums. Die unter der Fahne der Freiheit das Königthum beschimpft, sind jetzt in Amerika; ihr Metier aber wird von anderen, ob mit mehr Geschick, bleibt dahin gestellt — jedenfalls mit mehr Erfolg fortgeführt. Ferner wird die frankfurter Majorität gegen den Vorwurf, sie habe unpreußische Konzessionen gemacht, gerechtfertigt. Dies ist nie geschehen. Eine junge Verfassung beginnt sich bei uns zu entwickeln, aber man scheint ihr nirgends Zeit und Lust lassen zu wollen, Wurzeln zu schlagen, sie habe „Feinde ringsum“. Nicht die, welche diese Verfassung schützen wollen, trifft der Vorwurf, an der Autorität zu rütteln. Mit dem Umsturz derselben hätte jede Möglichkeit eines Staatsrechtes auf. Uebrigens wisse er sehr wohl, daß auch die Herren der Rechten es nicht dulden würden, daß der Bundestag wirklich in die Rechte Preußens eingreife, aber sie glauben einen solchen Schlag noch bei seinem Eintreten variieren zu können. Jedoch hütet man sich, das Rechtswissen des Volkes noch mehr zu erschüttern. Bereits habe man genug restaurirt oder zu restaurieren versucht — eine Art der Politik, die vor die ungünstigste nenne; man möge endlich Halt machen, den Gefühlen des Volkes Rechnung tragen, damit man nicht Stirn erende, wo man Wind gesetzt. — Der Min.-Prä. v. Manteuffel will nicht auf das über Frankfurt Gelagte eingehen, und nur dem Vorwurf widersprechen, daß die Regierung den Absolutismus wolle. Sie wolle nur nicht, daß das Haus oder dessen Minorität den Kreis bildet, um in Deutschland über Recht oder Unrecht zu entscheiden. — Ein Antrag auf Schluß wird angenommen. — Graf Döhren rechtfertigt sich gegen einen Vorwurf Bodelschwinghs. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen v. Döhren, v. Binck, Gr. Arnim, v. Bodelschwingh und Simon erhält Beisitzer als Antragsteller das Wort, der nach einer Bemerkung über die „heiligsten“ und „aufrügenden“ Angriffe Bodelschwinghs (s. gestern) zu einem längeren Resümee der Gründe übergeht, welche bisher für den Kommissions-Antrag aufgestellt worden, und die er nochmals der Reihe nach zu widerlegen und zu bekämpfen sucht. Wie sind konserватiv — sagt er zum Schluße — aber wir wollen die Solidarität der konservativen Interessen deshalb nicht, weil sie uns den Absolutismus bringen und weil der Absolutismus der Macht und Größe Preußens schadet. — Man hat gestern die österreichischen Minister erwähnt, vor deren Tüchtigkeit sicherlich jeder unter uns die tiefste Achtung hegt. Aber wir sind auch überzeugt, daß wenn Österreich eine Versetzung befähige oder sie bestehen könnte, wie sie Preußen bestellt, die österreichischen Minister sie auch sicher auf eine sehr vortheilhafte Weise benutzen würden, namentlich den übrigen deutschen Bruderschämmen gegenüber zu benutzen wüssten. — Ohne andere Autoritäten zu zitieren, schließt er mit einer gewiß von allen unbestrittenen, mit einer Auskunft Guicciardis, aus einer Druckschrift, welche vor 1813 von ihm erschienen: Bei der bevorstehenden Erhebung müßten Preußens grösste und stärkste Bundesgenossen sein die drei: die Wissenschaft, das Schwert und die Konstitution.

Zuletzt spricht der Berichtsteller Nöldechen noch Einiges zur Vertheiligung des Kommissionsantrages. Nach nochmaligen persönlichen Entgegnungen Bodelschwinghs und Beisitzers wird zur Abstimmung geschritten. Der Kommissionsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 133 Stimmen angenommen. Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Kommissionsbericht über den Antrag des Abg. Scherer u. andere.

**Berlin, 30. Jan. [Der Kampf mit der Zeitungssteuer. — Feststellung des Verhältnisses der Regierung zu den Kämmern. — Abschluß der Vorlagen über die Neubildung der ersten Kammer.]** Unsere beiden alten Zeitungen, Voss und Spener, beginnen heut das Plaidoyer der hiesigen Presse gegen die von der Regierung in Aussicht gestellte Zeitungs-Steuer übereinstimmend mit ziemlich geharnischten Leitartikeln. Die zollweise Besteuerung des Zeitungs-Papiers, gleichviel ob dasselbe bedruckt oder unbedruckt sein wird, ist eine Erfindung, deren Ehre man persönlich dem Minister des Innern, Herrn v. Westphalen, zuschreibt, obwohl natürlich das Gesamt-Staatsministerium die Verantwortlichkeit (wenn dieser spezifisch konstitutionelle Ausdruck noch erlaubt ist) für den Entwurf an sich genommen. Die Folgen dieses Gesetzes würden allerdings verheerend für das ganze preußische Zeitungswesen sein, am meisten aber müßten die erwähnten beiden Stamm-Eltern der Berliner Zeitungen darunter leiden, weil sie durch eine Steuer, die nach der angestellten Berechnung mehr als 160 Prozent ihres Abonnements-Preises betragen würde, sich ganz und gar aus den Verhältnissen ihres bisherigen Wirkungskreises herausgeworfen seien würden. Diese Zeitungen müßten, um den früheren Gewinn zu erhalten, ihren Abonnementspreis von 4 Thalern 10 Sgr. jährlich verdoppeln, wodurch sie sich aber zu ganz anderen Unternehmungen umgestalten würden, welche die bisherige Basis ihres Absatzes in keiner Weise wiederfinden könnten. Sie würden dann freilich nur durch eine charaktervolle und konsequente Politik überhaupt sich erhalten können. Voss und Spener fühlen darum schon jetzt sich das Wasser an die Brust steigen, und wenden sich in ihren heutigen Artikeln sogar an die Kämmern, die sie zu einem entschiedenen Widerstand gegen die Absichten der Regierung auffordern! Das dies bei Voss und Spener geschieht, ist in der That die schneidendste Signatur temporis!

Von Seiten der Kämmern möchte aber in dieser Angelegenheit, einige einzelne Modifikationen vielleicht abgerechnet, schwerlich etwas Durchgreifendes zu erwarten sein. An eine Verwerfung der ganzen Gesetzes-Vorlage auf parlamentarischem Wege ist durchaus nicht zu denken, und die Zeitungs-Eigenhümer werden besser daran thun, bei Zeiten ihre praktischen Vorbereitungen zu treffen, die sie in den Stand setzen, auf einer veränderten Grundlage der Unternehmung fortzustehen zu können, wie dies schon beim Beginn dieses Jahres die Neue Preußische Zeitung gethan, die den Abonnementspreis zu einer ihrem künftigen Steuer-Betrag entsprechenden Höhe gesteigert hat. Was die Kämmern anbetrifft, so darf man leider annehmen, daß die Majorität, wenn sie auch in manchen Einzelfragen noch schwankend und zum Theil gegen die Regierung ausfallen kann, doch in allen prinzipiellen Hauptfragen, auf die es abgesehen ist, für das Ministerium und seine Vorlagen überwiegend sich erklären wird. Namentlich dürfte aber die Kammer-Majorität in beiden Häusern für eine der freien und selbstständigen Entwicklung der Presse feindlich anzusehen sein, wie sich dies bei der Votirung des bestehenden Pressgesetzes fasssam gezeigt hat. Auch aus den Erklärungen, welche gestern der Hr. Ministerpräsident in der zweiten Kammer bei der Debatte über den Beisitzerschen Antrag abgab, ist zu ersehen, wie leicht die Regierung jetzt über ihr Verhältnis zu den Kämmern und über die Tragweite aller parlamentarischen Beschlüsse in Preußen denkt. Hr. v. Manteuffel spricht hier gradezu das bewundernswürdige Axiom aus, daß, wenn man Preußen dem Auslande und namentlich Österreich gegenüber schwächen wolle, man nur das parlamentarische Leben in den preußischen Kämmern recht zu stärken brauche. (S. den heutigen Kammerbericht.) Hr. v. Manteuffel scheint sich sonach nicht mehr als einen konstitutionellen Minister Sr. Maj. zu betrachten, denn starke, d. h. auf dem Boden der Verfassung feststehende und ihre verfassungsmäßigen Rechte gebrauchende Kämmern können nur die wahrhafte Stütze einer konstitutionellen Regierung auch in ihren auswärtigen Beziehungen sein. Das Ministerium ist aber einestheils, wie man aus den der Kammer vom Ministerial zugeworfenen Ausführungen ersieht, des parlamentarischen Verhaltens ganz und gar gewiss, andertheils aber fürchtet es jetzt jede Differenz mit den Kämmern um so weniger, als sich der innere

Bestand des gegenwärtigen Kabinetts seit einigen Tagen von Neuem zu einer grossen Einheitlichkeit befestigt haben dürfte.

Eine Spaltung zwischen den einzelnen Mitgliedern des Ministeriums fand in der letzten Zeit, wie man weiß, besonders in den Ansichten über die Neubildung der ersten Kammer statt, wobei freilich die wesentlichsten Prinzipienfragen über die Anerkennung der ständischen Elemente im Staat, über die spezifische Geltung der Aristokratie und des großen Grundbesitzes, und in weiterer Linie auch die Umgestaltung der Gemeindeordnung, als wesentlich damit zusammenhängend zur Erörterung kamen. Eine Verständigung über diese Fragen ist jetzt zugleich mit dem Abschluß über die künftigen Grundlagen der ersten Kammer erzielt worden. Es hat sich dabei allerdings um die Fundamente der Verfassung überhaupt gehandelt, die bei einer spezifisch aristokratischen Zusammensetzung der ersten Kammer natürlich auch prinzipiell berührt werden. Inzwischen sind sich dabei die einzelnen Minister als Personen einander gegenüber gestanden haben, ist nicht recht klar geworden. Am wesentlichsten war wohl die politische Stellung des Ministerpräsidenten dabei angezogen, der durch die Vorlagen zu einer Neubildung der ersten Kammer, wie sie jetzt in den nächsten Tagen bevorstehen, in der Lage steht, die Prinzipien der konstitutionellen Verfassung ganz spezifisch zu beeinträchtigen. Hr. v. Manteuffel soll jedoch von vorn herein sehr geneigt gewesen sein, diesen Widerspruch auf sich zu nehmen oder sich mit ihm auszugleichen. Für eine Ausgleichung hält man es freilich schon, daß nicht blos die privilegierten Elemente der Aristokratie und des großen Grundbesitzes als solche, sondern auch die Notabilitäten der Staatsverwaltung und des Heeres (auf Berufung des Königs) als Mitglieder in die erste Kammer eintreten sollen. Man glaubt auf diese Weise das Wahl-Element für die erste Kammer zu ersetzen. Nach dem Abschluß der Pläne hinsichtlich der ersten Kammer resultiert indes so viel für die allgemeine Angelegenheit der preußischen Verfassungs-Revision, daß das Kammersystem, als eine Art von konstitutioneller Schablone, fortbestehen wird, und daß mithin wenigstens die Erwartungen derjenigen getäuscht worden sind, welche auf eine völlige Wiederherstellung des vereinigten Landtags gehofft oder sich gefasst gemacht hatten.

**Berlin**, 30. Januar. [Zur Tages-Chronik.] Heute geruhten Se. Majestät der König in Begleitung Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen von Preußen und der Prinzen Karl und Albrecht die neuen baulichen und administrativen Einrichtungen in dem Dienstgebäude des Polizei-Präsidiums in allerhöchsten Augenschein zu nehmen. Der Hr. Minister des Innern und der geh. Ober-Regierungsrath Jacobi hatten sich zum Empfang der höchsten Herrschaften ebenfalls eingefunden. Das Bureau des über die ganze Stadt verbreiteten polizeilichen Telegraphen erregte die besondere Aufmerksamkeit Sr. Majestät. Über die Einrichtungen in dem Gefangenhaus, insbesondere über die neu eingerichtete Kirche derselben, sprachen Se. Majestät Allerhöchst ihre besondere Beifriedigung aus. Die in dem Dienstgebäude stationirte Abtheilung der Schuhmannschaft, so wie die berittene Schuhmannschaft waren aufgestellt. Sämtliche Offiziere waren bei der durch Se. Majestät vorgenommenen Besichtigung der Mannschaften anwesend. Hieraus geruhten des Königs Majestät den Evolutionen und Experimenten der Feuerwehr in deren Hauptdepot in der breiten Straße beizuwohnen. Auch hier sprach sich allerhöchste Beifriedigung aus. (C. B.)

Das in Frankfurt cirkulirende Gericht von der Abberufung des dortigen diesjährigen Gesandten, geheimen Legationskath. v. Bismarck-Schönhausen, und dessen Ernennung zum Gesandten in Wien entbehrt jeder Begründung.

Der kaiserlich russische Garde-Oberst und Flügel-Adjutant Baron v. Mierbach ist aus St. Petersburg und der kgl. britannische Kabinets-Kourier Holms von Wien hier eingetroffen. (N. Preuß. 3.)

Von dem Missionär Neumann, der Gütlaff bei seiner Abreise von Deutschland nach China begleitet hat, sind Nachrichten eingetroffen, welche die Hoffnung erwecken, daß die von Gütlaff begonnenen Unternehmungen durch seinen Tod keine Unterbrechungen erleiden werden. Neumann ist an Gütlaffs Stelle an die Spitze des chinesischen Vereins getreten, der mit Hilfe von 40 eingeborenen Missionären die Evangelisierung Chinas sich zum Zweck gesetzt hat.

In welchem Maße die Zollaufschlaf bei uns verschärft worden ist, ergiebt sich zum Theil schon aus dem einen Umstände, daß im Jahre 1851 allein die Zahl der Zollaufsichtsstellen (Stellen der nicht berittenen Steuerausseher) um 50 sich vermehrt hat. Die meisten dieser Beamten sind in Berlin neu angestellt.

Das mit dem Zeitungssteuer-Gesetz gleichzeitig eingebrachte Wechselsteuer-Gesetz betrifft nur die trockenen Wechsel, Anweisungen und Promesse, welche der für Tratten zur Anwendung kommenden Stempelsteuer unterliegen sollen. Es ist dies eine Folge der allgemeinen deutschen Wechselordnung, welche jetzt in Preußen Geltung hat, und die trockenen Wechsel in wechselseitlicher Beziehung den gezogenen gleichstellt.

Professor Hengstenberg wird nächsten Montag einen der vom evang. Verein veranstalteten öffentlichen Vorträge halten. Sein Thema ist: „Über die Opfer der heil. Schrift.“ (C. B.)

**Z Ans der Provinz Posen**, 29. Januar. [Festlichkeiten des polnischen Adels. — Theuerung und Noth. — Die Subaltern-Beamten aus dem Justizstande.] Während in unserer Provinzial-Hauptstadt von vielen Seiten über die allzugroße Stille und Einformigkeit in dem diesjährigen geselligen Vergnügungsleben geklagt wird und nur hier und da Bruchstücke der in anderen Jahren so belebten Carnevalsfreuden wahrzunehmen sind, entwickelt unser reicher begüterter polnischer Adel einen seit lange nicht gezeigten Aufwand bei seinen geselligen Zusammenkünften auf dem Lande. Ein Fest drängt das andere, aber ob aus Caprice oder aus anderen triftigeren Gründen, läßt sich nicht wohl bestimmen, genug, unser Adel scheint diesmal die Carnevalsvergnügungen der großen Städte gänzlich zu meiden und sich auf die ländliche Häuslichkeit zu beschränken. Uebrigens hat sich unser hoher begüterter Adel seit langer Zeit nicht so wohl befunden, als eben jetzt. Die Getreideernte des vorigen Jahres ist im Ganzen sehr ergiebig ausgefallen und trotzdem wird er den Ueberfluss von seinem reichhaltigen Vorrath zu sehr hohen Preisen los. Selbst die theilweise misstrahene Kartoffelernte hat für ihn keine Ausfälle zur Folge, da die ungenießbaren Früchte in den Brennereien verwendet werden, und die hohen Spirituspreise ihn mehr als schadlos halten. — Den Glanzpunkt aller der eben berührten Vergnügungen bilden wohl die in diesen Tagen von dem Fürsten Sulkowski auf Schloss Neisen veranstalteten Festivitäten. Die Vorkehrungen zu den großartigen Vergnügungen, so wie diese selbst, übertrafen Alles, was seit vielen Jahren von Aehnlichem in dieser Art hier zum Vorschein gekommen. Die Einladungen zu denselben, die vornämlich in Bällen, Jagden, französischen Theater-Vorstellungen bestanden, erstreckten sich weit über die Grenzen der Provinz hinaus. Für unsere kleineren Provinzial-Städte bleiben inzwischen diese winterlichen Lustbarkeiten nicht ohne gewinnreiche Folgen. So manche Ausgabe, die sonst nur den großen Städten allein Vortheil trug, fließt dadurch ihren Handwerkern und Gewerbetreibenden zu, welche letztere gerade jetzt, wo die Theuerung und der davon unzertrennliche Nothstand theilweise schon eine bedrohliche Höhe erreicht, eine wohlthätig wirkende Aushilfe genießen. Wie weit diese Noth bereits gediehen, geht einfach aus der hier und da zum Vorschein gekommenen Erscheinung hervor, daß arme, brodlose Handwerker und Arbeiter in grösserer Zahl die Ortsbehörden um Arbeit angegangen, um den Folgen der Theuerung und Hungersnoth zu entgehen. In diesem

Betracht kann es nur als eine sehr weise Fürsorge anerkannt werden, daß an verschiedenen Theilen der Provinz Vorkehrungen getroffen werden, um schon beim Eintritt der nächsten Frühlingsmonate mit dem Bau mehrerer neuer Landstraßen vorzugehen zu können. Denn wenn nach Maßgabe der hier vorhandenen Getreidevorräthe auch anzunehmen ist, daß die Preise der Lebensmittel sich nicht auf ihrer gegenwärtigen Höhe erhalten werden, noch viel weniger ein ferneres Steigen derselben befürchtet werden darf, so übt doch die zeitweilige Theuerung und die daraus hervorgehende zunehmende Verarmung eines so ansehnlichen Theiles der Bevölkerung einen zu trüben Einfluß auf die allgemeine Stimmung, als daß nicht jede derartige Vorsorge von grösserem Umfange mit Freudigkeit begrüßt werden sollte. Am empfindlichsten drückt die Theuerung auf die in ihren Gehältern minder gut gestellten Beamten. Besonders häufig vernehmen wir die Klagen von den Subalternbeamten aus dem Justizstande. Diese sind mitunter so gering besoldet, daß es unerklärlich scheint, wie sie sich und ihre Familien bei ihrem spärlichen Gehalte noch erhalten können. Die üblichen, außerordentlichen Unterstützungen, die ihnen in früheren Jahren mitunter zugeslossen, sind jetzt fast ganz weggefallen, ohne daß ihnen auf anderen Wegen eine entsprechende Aushilfe geboten wird. Die richterlichen Beamten sind in dieser Beziehung weit mehr begünstigt. Die der polnischen Sprache Mächtigen genießen außer ihren etatsmäßigen Gehälten eine persönliche Zulage von 100 Thalern jährlich; während die Subaltern-Beamten, bei denen die Kenntnis dieser Sprache vorausgesetzt und an welche die Forderung einer vermehrten Beauftragtheit gemacht wird, sich keiner ähnlichen Berücksichtigung zu erfreuen haben.

## Deutschland.

**Frankfurt a. M.**, 27. Januar. [Die politischen Briefe und die Entgegnung.] Seit einiger Zeit bringt die „Ober-Postamts-Zeitung“ „politische Briefe“ mit langen Mottos, aber sehr kurzer politischer Weisheit, die vielleicht weniger ihres Inhalts als des Blattes wegen, welches dieselben an die Spitze stellt, ein ungewöhnliches Aufsehen machen. Vor einiger Zeit glaubte man in denselben das Produkt des Herrn v. Blittersdorf zu finden, jetzt aber bekleidet man den Pfarrer Herrn Beda Weber mit der Autorschaft. Auf einen dieser Briefe erscheint heute in der „O. P. A. Z.“ eine Antwort mit dem bekannten \*† Zeichen versehen, aus der man zugleich den Charakter ersehen wird, welchen die politischen Expektationen des geistlichen Herrn, oder wer es sonst ist, tragen. Die „O. P. A. Z.“ enthält „politischen Briefe“ wird die Nothwendigkeit einer österreichischen Hegemonie mit nackten Worten proklamirt. Eine solche Offenheit verdient die vollste Anerkennung; und das um so mehr, als sich zugleich aus jenem Artikel ergibt, welche Absichten Österreich eigentlich im Bezug auf den Zollverein hegt. Es erscheint angemessen, von diesem österreichischen Suprematie-Manifest Akt zu nehmen, was hierdurch geschieht. Wenn übrigens der politische Briefsteller behauptet, daß die deutschen Völker eine österreichische Hegemonie nicht fürchten, so wäre es vorsichtiger gewesen, diese Behauptung hypothetisch, und zwar wie folgt, zu fassen: „Es würden die deutschen Völker eine österreichische Hegemonie nicht fürchten, wenn in Österreich das deutsche Element in demselben Grade überwiege, wie es mit dem slavischen der Fall ist; ebenso, wenn nicht das protestantische Deutschland sich überzeugt hätte, daß Österreich in der neuesten Zeit mit verstärkten Schritten auf der Bahn geht, welche es dem Protestantismus gegenüber seit der Schlacht am weißen Berge mit wenig Abweichung und Zwischenräumen ununterbrochen verfolgte.“

**Karlsruhe**, 27. Jan. Wie es nicht anders zu erwarten war, ertheilte auch die erste Kammer in ihrer heutigen Sitzung, der von der zweiten Kammer bereits beschlossenen Verlängerung des Kriegszustandes ihre Zustimmung. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Gesetzentwurf, die Entschädigung für aufgehobene Feudalrechte betreffend. Die Regierung hatte vorgeschlagen, den zwölfjährigen Betrag des jährlichen Durchschnittsertrags der aufgehobenen Berechtigung als mit 5 Prozent verzinsliches Entschädigungskapital zu bestimmen. Auf den Antrag des Frhr. v. Gemmingen und Gr. v. Hagenbeck entschied sich jedoch die Kammer für den sechzehnischen Betrag.

**Kassel**, 26. Januar. Wie man dem N. C. aus Frankfurt schreibt, wird die hiesige Regierung in den nächsten Tagen abermals eine Denkschrift drucken lassen und zwar über den Hasselplugschen Verfassungsentwurf, welchem der Bundestag die Sanktion verweigert hat. Die Schrift kommt aus der Feder des Prof. Ilse in Marburg, der sich um das gegenwärtige Regiment in Kurhessen verschiedene Verdienste erworben hat. — Uebereinstimmenden Mittheilungen mehrerer Blätter zufolge ist der preußische Geschäftsträger Herr v. Thile von seinem hiesigen Posten abberufen worden. Man hofft hier, daß derselbe bald durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden möge, welche mehr geeignet ist, dem österreichischen Einflusse am kurfürstlichen Hofe entgegenzuhalten und die traditionelle Verbindung Kurhessens mit Preußen wieder zu befestigen. Wie der O. A. Z. von hier geschrieben wird, ist überhaupt in den höheren Beamtenkreisen viel von einer Änderung der preußischen Politik in Bezug auf die kurhessischen Verhältnisse die Rede.

**Gotha**, 29. Januar. Die Debatte über die Gesamtannahme der Verfassungs- und Vereinigungs-Propositionen in unserer Abgeordneten-Versammlung ist gestern geschlossen, und nach derselben zur Abstimmung geschritten worden. Das Resultat derselben fiel gegen die Regierung aus, da die sämtlichen Vorlagen mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurden; ein anderer Antrag auf Annahme, demzufolge die verfassungsmäßigen Rechte des gegenwärtigen Landtages bis zum Zusammentreten der neuwählenden Abgeordnetenversammlung in Kraft bleiben würden, scheiterte ebenfalls an der ablehnenden Abstimmung der äußersten Linken. — Der Staatsminister v. Seebach löste, gestützt auf ein herzogliches Dekret, den Landtag nach Ablehnung des Regierungsentwurfs auf. (N. 3.)

**Braunschweig**, 29. Januar. Durch Bekanntmachung in den heutigen „Anzeigen“ werden die Mitglieder der Landesversammlung auf Montag den 16. Februar d. J. zur Eröffnung des siebenten ordentlichen Landtages einberufen.

**Hannover**, 29. Januar. In beiden Kammern lief heute das Vertragss-Dekret ein, in welchem in Unbetracht der so eben beendigten außerordentlichen Diät und der noch nicht beschlossenen neuen Organisationsvorlagen mitgetheilt wird, daß die Regierung sich genötigt sehe, die Wiederberufung der Stände erst nach dem gewöhnlichen Termine einzutreten zu lassen.

# Erste Beilage zu № 32 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 1. Februar 1852.

**Bremen**, 28. Jan. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft kam abermals die Vorlage des Senats wegen der Presse und des Vereinsrechts zur Verhandlung. Ein Antrag wurde angenommen, der im Wesentlichen den früheren Beschlüsse in Rücksicht auf das Vereins- und Versammlungsrecht aufrecht erhält und den Senat auf den Weg verweist, welcher bei Verfassungsänderungen einzuschlagen sei. Der Senat möge auch seinerseits Mitglieder zu einer Deputation ernennen, welche zu untersuchen hat, ob die angezogenen Paragraphen der Verfassung im Widerspruch mit den Bundesgesetzen ständen. Auf die Aeußerung des Senats, daß es erfahrungsmäßig feststehe, die politischen Vereine würden von der nach aller Orten thätigen Umsturzpartei zur Beförderung hochverrätherischer Zwecke missbraucht, kann die Bürgerschaft nur erwiedern, daß sie diese Erfahrung hier nicht gemacht hat; sie muß indes den Senat dringend ersuchen, daß, sollten die Vereine in Bremen künftig jemals zu dem angegebenen Zwecke benutzt werden, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen dieselben Personen verfahren werde, welche in vorerwähnter Weise das Vereins- und Versammlungsrecht künftig zu solchen Zwecken auszubeuten suchen. — Was sodann den zweiten Antrag des Senats, die Presse anlangend, betrifft, so wird sich die Bürgerschaft nächstens über diesen Gegenstand gegen den Senat äußern. Der zweite Theil des Antrags, so wie ein späterer über diesen Gegenstand wurde vom Präsidenten aus formellen Gründen nicht zur Berathung zugelassen.

\* **Hamburg**, 31. Jan. [Ein Bankrott. — Protest des Senats gegen die Österreicher.] Eine bedeutende Zahlungseinstellung macht jetzt hier Aufsehen; sie betrifft die Tabaksfirma De Lemmes, ein portugiesisches Haus, welches sich durch die Erfindung eines eigenen Tabakssafes auch in weiteren Kreisen einen Namen gemacht. Die Passiva werden bis auf eine Million Mark Bco. oder  $\frac{1}{2}$  Mill. Thaler angegeben. Die Verluste ruhen indessen meistens auf Amerika, nur fällt ein Theil davon auf Bremen, wo eine Handlung allein 40,000 Mark Bco. zu fordern hat.

Der hiesige dänische Gesandte, Hr. v. Dirkink-Holmfeld, begab sich in diesen Tagen zu dem Ober-Kommandeur der Bundesstruppen, FML v. Legeditsch, um ihm über die neuesten Vorgänge in Kopenhagen, so weit sie Holstein betreffen, persönlich Bericht abzustatten. Ob die Kaiserlichen auch nach ihrem Rückzuge aus dem Nachbarlande noch länger hier verbleiben werden, ist noch keineswegs gewiß, obgleich wahrscheinlich. Die Gastfreundschaft scheint indessen der Kaufmannstadt auszugehen, denn es ist hier Seitens des Senats gegen jene Eventualität ein energischer Protest ins Werk gesetzt, in welchem auf die Convention Bezug genommen ist, die gerade gestern vor einem Jahre hiesigerseits mit Wien abgeschlossen und einen Monat später von der Bürgerschaft gutgeheißen wurde. Dieselbe spricht aber nur von der „vorübergehenden kurzen Aufnahme“ der Österreicher, um momentan strategische Zwecke zu erreichen. Diese seien nun, heißt es darin, in dem Augenblick, wo die Bundesstruppen Holstein verlassen, als erreicht anzusehen. Zugleich ist darauf hingewiesen, daß da die Stadt für die Verpflegung der Soldaten täglich pro Mann 3 Schillinge Zulage machen müsse, sie bisher bereits 301,125 Mark Kosten gehabt, deren Fortsetzung überdies nicht verlangt werden könne. Schließlich wird auf vollen Verpflegungseratz Anspruch gemacht, falls die Vorstellung kraftlos bleiben sollte.

**Kopenhagen**, 28. Januar. [Noch nichts Offzielles] Gestern war keine Sitzung des Reichstags, und deshalb ist, wie Fädelandet meldet, die verkündete und erwartete Mittheilung über die Ernennung des neuen Ministeriums ausgeblieben, vermutlich weil man diesen Beschluss in der Vorausehung gefaßt hatte, daß das Volksthing bereits vorgestern die dritte Verhandlung des Finanzgesetzes vollendet haben würde.

**Österreich**.  
**Wien**, 30. Jan. [Die ungarischen Zigeuner. — Graf Ficquelmont. — Das Handels-Ministerium.] Aus Ungarn treffen häufig zahlreiche Zigeunertransporte unter Gendarmeriebedeckung ein, welche sich nach Südfrankreich begeben, um von dort nach Algier eingeschiff zu werden. Die durchgreifenden Reformen, welche gegenwärtig in Ungarn von Seite der Regierung durchgeführt werden und die das gesammte soziale Leben der dortigen Bevölkerung von Grund aus umgestalten, haben in den sorglosen Kindern des Orients eine seltsame Unruhe erweckt und die Veränderung um sie her erfüllt sie mit Unbehaglichkeit, weil täglich ein Stück orientalischer Ungebundenheit, wie sie aus Asien tief nach Ungarn hereinfällt, hinwegfällt und die fortschreitende Civilisation in ihrer Umgebung die schlummernde Sehnsucht nach jener fernen Heimat regt, wo noch das verlorne Paradies der vollständigsten Ungebundenheit existirt. Die österreichische Regierung scheint es gerne zu sehen, daß in dem Zigeunervolk der Wandertrieb erwacht und die französische dagegen ist nicht abgeneigt, Ansiedler für Alzern zu gewinnen, die dort gleichsam zu Hause sind und doch wieder insoweit von der Kultur beleckt sind, da sie den Ureinwohnern als Lehrer und Civilisatoren dienen können. — Große Aufmerksamkeit findet in diesem Augenblicke das Buch des Grafen Ficquelmont über England und den Kontinent, welches durch seinen reichen Inhalt und die Eigenthümlichkeit der Auffassungsweise allseitige Würdigung findet. Was der Graf über die Entwicklung der britischen Zustände sagt, mag von vielen Seiten angefochten und bestritten werden, jedoch das, was er auf die Gestaltung der Dinge in Ungarn und Österreich vorbringt, läßt gar keine Widerlegung zu, weil es sich auf die klarste Erkenntnis des Sachverhaltes und eine genaue Kenntnis alles Thatächlichen stützt. Wenn Graf Hartig in der Genesis der Revolution in Österreich die Ursachen des inneren Verfalls unter der Herrschaft eines lahmen Absolutismus schildert und das Bild einer nachmärzlichen Regierung zu skizziren sucht, die geeignet wäre, die Wiederholung einer ähnlichen Demütigung der Staatsgewalt zu verhüten, so giebt Graf Ficquelmont dagegen ein Gemälde des faktischen Hergangs, der von keinem Geschichtsschreiber unserer Zeit wird unbeachtet gelassen werden können. — Die Frage wegen Wiedervereinigung des Handelsministeriums mit dem k. k. Finanzministerium scheint noch immer in der Schwebé zu sein und man nennt neuerdings den Baron Geringer als künftigen Handelsminister, falls derselbe nicht in den Reichsrath tritt. Baron Geringer war früher Präsidialsekretär des Baron Kübeck und ging später als k. k. Generalkonsul nach Konstantinopel, wo er allerdings Gelegenheit hatte, die handelspolitischen Angelegenheiten genau kennenzulernen.

**L. N. Wien**, 30. Jan. [Tagesbericht.] In den letzten Tagen erging der kaiserliche Befehl zur Errichtung von sechs Infanterie-Lehrbataillons, einer Jäger-Lehrdivision und einer Kavallerie-Lehrabteilung. Der Zweck dieser Institute ist die dauerhafte Begründung der Gleichmäßigkeit in der Anwendung sämtlicher Vorschriften der reinen und praktischen Taktik, sowie der Adjustirungsvorschriften. Die Leitung und Überwachung des Unterrichts ist dem Oberstleutnant v. Adelsberger übertragen. Zu Kommandanten der Infanterie-Lehrbataillone wurden ernannt: Die Majore Marr, Mumb, Rüstl, Erhardt, Palowina und Wimpfen. Bei der Jäger-Lehrdivision wurde Hauptmann Weiß vom 14. Bataillon, und bei der Kavallerie-Lehrabteilung (die in Wien stationiren wird) Major Olgyai zum Kommandanten ernannt.

Gestern waren sämtliche Mitglieder der hiesigen Zollkonferenz, nebst den Gesandten und Geschäftsträgern der betreffenden Staaten, zur kaiserlichen Tafel geladen. Was die Arbeiten der Konferenz selbst betrifft, so befindet sich namentlich die Subkommission für die Annäherung beider Tarife in vollster Thätigkeit und wird die wichtigen Ergebnisse ihrer Berathungen demnächst der Konferenz vorlegen.

Der nassauische Bevollmächtigte beim hiesigen Zollkongresse, Hr. Regierungspräsident v. Vollpracht, der erst kürzlich hier eintraf, hat erklärt, daß seine Regierung in Bezug auf die von Österreich gemachten Vorlagen den Beschlüssen der Majorität beistimme.

G. M. Graf Mensdorf kehrt nicht mehr nach Holstein zurück, sondern geht als Gesandter nach Petersburg. Statt seiner soll Oberst Nögen nach Holstein gehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Geschäfte der kroatischen Finanz-Landesdirektion dem Banus unterstellt werden. Auch soll derselbe demnächst wirklich Präsident der Banataltafel werden, eine Würde, die seither von der des Banus getrennt war.

Über vielfach vorgekommene Zweifel, wie die noch vor dem 1. Februar l. J. in österreichischen Niederlagen eingelegten Waaren zu verzollen seien, ob nach dem alten oder dem neuen Tarife, ist vom Ministerium entschieden worden, daß es hierbei auf den Zeitpunkt der Freimachung der Waaren aus der amtlichen Niederlage ankomme und daß demnach die gedachten Waaren in dem Fall, wenn sie nicht vor dem 1. Februar l. J. frei gemacht werden, nach dem neuen Tarife zu behandeln sind. In Bezug auf die Frage, inwiefern die vor dem 1. Febr. überreichten Waarendeklarationen dem Verfahre nach dem neuen Zolltarife unterzogen werden können, wurde, um den Parteien jede möglichste Erleichterung zu gewähren, bewilligt, daß dieselben zur Beibringung einer neuen, dem neuen Tarife angemessenen Erklärung aufgefordert werden, oder daß, wo die Partei dies nicht thut, die Amtshandlung auf Grund des Beschauondes vorgenommen werde.

Der Bankausweis bis 27. d. M. ist soeben erschienen. Der Baarbestand beträgt 42,693,816 fl. 36<sup>1</sup>/<sub>4</sub> kr. E. M., der Banknotenumlauf 212,093,242 fl. E. M.; der Banknotenumlauf hat sich demnach um 3 Millionen verringert.

## Frankreich.

**Paris**, 27. Januar. [Revision eines berüchtigten Prozesses. — Herr Carlier.] Die Nachricht, daß Louis Napoleon die Absicht habe, eine Untersuchung über den Tod des Prinzen Condé anzuordnen, beschäftigte heute die Börse, die Salons und vor Allem den Justiz-Palast. Man versicherte, daß die Familie der Rohans, von den Dispositionen des Präsidenten unterrichtet, alle Mittel in Bewegung setze, um wirklich das Dekret zu erhalten, welches die Revision des Prozesses wegen des Testamtes des Prinzen Condé anordnet. Jedermann versteht das enorme Interesse, welches die Revision dieses berüchtigten Prozesses hervorrufen würde. Man wird sich auch noch in Deutschland des ungeheuren Aufsehens erinnern, das 1832 der Prozeß der Rohans gegen den Herzog von Aumale und die berüchtigte Baronin von Feuchères hervorrief. Sie haben seitdem eine Menge neues Material gesammelt und sind überzeugt, daß bei einer Revision die gesetzliche Nichtigkeit des Testamtes zu Gunsten des Herzogs von Aumale und vielleicht noch Schlimmeres sich herausstellen würde. — Die Dampf-Fregatte „Mogador“ ist am 21. mit 418 Deportirten von Rochefort nach Cayenne unter Segel gegangen. — Mehrere hiesige Correspondenten haben auffallender Weise zu wiederholten Malen von Mordversuchen geschrieben, die auf den Prinz-Präsidenten stattgefunden hätten. Ich hatte gestern Gelegenheit, mich dieserhalb genau zu informiren, und kann Ihnen denn versichern, daß auch nicht ein Wort daran wahr ist. — Wenn Herr Carlier als mit dem Elysee verfeindet geschildert wird, so ist das eben so falsch, als die Nachricht von dem Aufenthalt des Ex-Polizeipräfekten in London. Herr Carlier ist seit dem 2. Dezember fortwährend in gutem Einverständnisse mit L. Napoleon geblieben, wie auch seine Ernennung zum Staatsrathe beweist, und hat Paris keinen Augenblick verlassen. — Ueber die näheren Umstände der letzten Ministerkrise gehen mir noch einige interessante Details zu. Schon seit etwa drei Wochen hatte L. Napoleon seinen Ministern den Plan vorgelegt, die Güter der Familie Orleans zum Theil einzuziehen. Die Herren v. Morny, St. Arnaud, Fould und Magne machten sofort gegen diesen Plan Opposition, was zur Folge hatte, daß der Prinz beinahe davon Abstand nahm und die Angelegenheit wenigstens offiziell nicht weiter discutirt wurde. Die Prinzen des Hauses Orleans hatten indessen sofort Kenntnis von der Sache erhalten und schrieben schleunigst an Herrn Thiers nach Brüssel, um diesen nach London zu berufen und mit seinem Rathe zu helfen. Die Folge davon war, daß ein hier sehr beliebter Diplomat, Hr. v. G., früher belgischer Gesandter in Paris, hierhergeschickt wurde, um gegen den Plan L. Napoleons zu wirken und denselben möglicher Weise zu hintertreiben. Dieser Emissär wandte sich zuerst an Hrn. v. Turgot, Minister des Auswärtigen, der aber seine Propositionen entschieden zurückwies. Glücklicher war er aber bei Hrn. v. Morny, dem er durch Vermittelung der Frau v. L. bewies, daß die alte Liaison des Herrn v. Morny mit dem Prinzen es doch unmöglich mache, daß er seine Hand zu einem derartigen Akte böte; einen gleichen Erfolg hatte seine Mission bei den Herren Fould, Rouher und Magne, so wie auch bei Herrn v. Montalembert und seinen Freunden, die nun allen ihren Einfluß aufboten, um zu veranlassen, daß der Präsident seinen Plan definitiv aufgebe. So sah L. Napoleon auf einmal sich von allen Seiten mit Vorstellungen bestürmt, erkannte bald die Fäden und beschloß, nun durch schleuniges Handeln allem Widerstände ein Ende zu machen. So entstand die Ministerkrise und Hr. v. Persigny wurde vorläufig Minister des In-

ner, da man Hrn. v. Turgot, der in diesem Falle so viel Ergebenheit gezeigt hatte, nicht füglich sofort entlassen konnte. Der belgische Emissär hat an selben Tage die Ordre erhalten, Paris auf der Stelle zu verlassen. — Wie Sie bereits wissen, ist Michel Chevalier zum Staatsrathen ernannt, was für die Wissenschaft sehr zu bedauern ist, da seine ausgezeichneten national-ökonomischen Vorlesungen, die in ganz Europa Wiederhall fanden, nun aufhören müssen. Seine Stelle am Collège de France wird nicht wieder besetzt werden. (R. 3.)

**Paris.** 28. Januar. [Der Senat.] Im „Moniteur“ sind 72 Senatoren aufgeführt, rechnet man die zehn Kardinäle und Marschälle dazu, welche von selbst Senatoren sind, so hat man für das erste Jahr den vollständigen Senat, den Präsidenten und Vice-Präsidenten mit inbegriffen, aus 82 Personen bestehend. — Man weiß sehr wohl, daß der Ex-König Jerome mit einem Gehalte von 200,000 Frs. zum Präsidenten und der Erzbischof von Rheims, Gouffet, zum Vice-Präsidenten bestimmt sind. — Man findet unter den Senatoren viele frühere Pairs von Frankreich, nämlich zwanzig, während die Notabilitäten der legitimistischen Partei viel seltener auf der Liste zu finden sind; dies beweist nicht, daß den vorzüglichsten Parteigängern der ältern Linie keine Anerbietungen gemacht worden sind, sondern es beweist einfach, daß man diese Anerbietungen nicht angenommen hat. Zur Bekräftigung dieser Bemerkung theile ich Ihnen mit, daß Herr Pasquier unter Louis Philippe Kanzler und Präsident der Pairs-Kammer, mehrfach nach dem Elysee berufen wurde, um dem Prinz-Präsidenten besondere Auskünfte über die hervorragendsten Mitglieder der früheren Pairskammer zu ertheilen; Louis Napoleon bemerkte in dem Almanach royal an dem Rande bei jedem Namen das Ergebnis der Mittheilungen des Hrn. Pasquier, und äußerte, nachdem er mit diesen Notizen fertig war, daß vorzüglich unter den großen legitimistischen Namen man eine gute Pflanzschule für Senatoren finde. Ganz gewiß, erwiederte Herr Pasquier, aber ich bin überzeugt, daß sie es nicht annehmen werden. Sie glauben dies, Herr Herzog? entgegnete darauf Louis Napoleon, nun wohl, ich bin aber sicher, daß sie mir es nicht abschlagen werden. — Sie sehen nun selbst, wer von den Beiden, der Prinz oder Pasquier, Recht gehabt hat.

Die Minister haben jeder 100,000 Fr. Gehalt, mit Ausnahme Casabianca's, der 150,000 Fr. erhält; vom 1. d. M. an werden in allen Ministerien die Gehalte der Beamten, vom Unterchef des Bureau bis zu den Direktoren oder Divisionschefs hinauf vermehrt, und zwar so, daß diejenigen die 4000 Fr. hatten, nun 6000 Fr. erhalten, die von 6000 Fr. auf 10,000 Fr. und die von 10 und 12,000 Fr. auf 20,000 Fr. erhöht werden, mit der Bedingung jedoch, daß sie ihren Gehalt auch vollständig auszugeben haben. Die höheren Beamten, indem sie Gesellschaften geben und in das Elysee und zu den Ministern gehen; die andern, indem sie die Cirkel des Präsidenten und der Minister frequentieren.

Es bleibt nur noch die Ernennung des gesetzgebenden Körpers übrig, um die Organisation des großen Staatsgebäudes zu complettiren und die Verfassung in Kraft treten zu lassen. Man erwartet dieser Tage das neue Wahlgesetz nebst den Namen der von der Regierung aufgestellten Kandidaten. Diese Kandidaten werden natürlich siegen, zumal da jede Diskussion darüber durch die Presse, so wie jede Wahlversammlung verboten ist.

Mit Ausnahme des Departements der Maine und Loire, wo einige Legitimisten-Kandidaten aufgestellt haben, giebt es in ganz Frankreich auch nicht einen Hauptort eines Bezirks, in dem man sich um irgend einen Namen kümmerte. Diejenigen in dessen, welche das Temperament des Herrn Montalembert und das Bedürfnis, das er fühlt, sich in Politik, sei es welcher Art sie wolle, zu mischen, kennen, glauben sicher, daß, nachdem er von dem gesetzgebenden Körper nichts hat wissen wollen und nachdem er abgeschlagen hat, in den Senat zu treten, er sich als Kandidat in Besançon, wo er und die geistliche Partei einen großen Einfluß haben, vorschlagen oder vorschlagen lassen wird.

**Paris.** 28. Januar. [Tagesbericht.] Die „Patrie“ von heute Abend bringt folgende offizielle Mittheilung: Der „Constitutionnel“ giebt in seinem heutigen Morgenblatt die Andeutung, als würde durch ein neues Dekret dem Senat und legislativen Körper die Frage der Domaine des Hauses Orleans vorgelegt werden. Diese Nachricht ist vollkommen grundlos.“

Dasselbe Blatt meldet aus Berlin, daß Herr Carnot zu Bonn seinen Aufenthalt nehmen werde, nachdem der König von Preußen seine Bitte, sich in Preußen aufzuhalten zu dürfen, bereitwillig gewährt habe.

Der Vizepräsident des Staatsraths hat durch Verordnung vom 27. Januar Ernest Baroche zu seinem Kabinetschef ernannt.

E. Pepin-Lehalleur hat am 23. Januar seine Entlassung als Mitglied der Konsultativkommission gegeben.

Man betrachtet den Rücktritt Dupins als gewiß, denn sein Entlassungsgesuch soll angenommen sein. Herr Dupin hat übrigens solche Furcht davor, zum Gegenstand polizeilicher Aufmerksamkeit zu werden, daß er gestern Nachmittag Paris verlassen hat.

Nächstens wird die Kammer der Notare in Paris eine Versammlung abhalten, in welcher sehr wichtige, die Körperschaft der Notare betreffende, Fragen verhandelt werden sollen.

Der ehemalige Volksrepräsentant Antoine Bonaparte ist mit einer außerordentlichen Sendung von der Regierung beauftragt, am 24. d. M. in Marseille angelangt.

Laut Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. d. M. wurde der Generalrat des Departements der Saône et Loire aufgelöst.

Aus Pézenas wird gemeldet, daß man in den letzten Tagen in der Stadt und Umgegend 31 Individuen, als der Theilnahme an den letzten Unruhen beschuldigt, verhaftet. Diese Unglücklichen wurden zur Nachtzeit in den Gebirgen, wohin sie sich geflüchtet, von der Linie gefangen genommen. Aus Bedarieur hört man, daß die Verhaftungen noch zunehmen; die Zahl der Gefangenen übersteigt 200. Am 23. wurde ein Transport von 43 Gefangenen nach Beziers geschickt. In Sisteron wurden am 11. d. 70 Gefangene von Mers eingebrochen. Im Departement der Yonne beträgt die Zahl der Verhafteten bereits über 600.

**Paris.** 28. Januar. Persigny hat den im Jahre 1848 entlassenen Bureau-Chef Leon Bidal im Ministerium des Innern wieder angestellt. Der General-Sekretär der Präsidentschaft, Chevalier, ist zum General-Sekretär des Staatsraths ernannt. Pepin Lehalleur hat am 23ten ebenfalls seine Entlassung als Mitglied der Konsultativ-Kommission genommen. Zweitausend zur Deportation bestimmte Landleute sollen auf die algierschen Ackerbau-Kolonien vertheilt werden.

**Paris,** Donnerstag, 29. Januar. Der heutige „Moniteur“ bringt die Ernennung Hieronymus Napoleon's zum Präsidenten des Senats, so wie die Ernennung von 4 Vice-Präsidenten. (Staats-Anz.)

### G r o ß b r i t a n n i e n.

■ ■ ■ London, 28. Januar. [Die Flüchtlings-Frage. — Rüstungen. — Der Strike.] Heute um 12 Uhr war im Foreign Office abermals ein Ministerkonseil, welchem alle Minister beiwohnten.

Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß im gestrigen Ministerkonseil die Frage wegen der politischen Flüchtlinge zur Sprache kam. Lord John Russell zeigte sich sehr geneigt, dem Parlament eine neue Alienbill vorzulegen; doch dürfte die Regierung, wenn sie diese Absicht beibehält, schwerlich vor Ende der Session dathit hervorzutreten Zeit haben, und ob bis dorthin nicht ein neues Parlament beisammen ist und ob dieses derart sein wird, daß die Regierung, mit oder ohne Lord John Russell an der Spitze, daran denken kann, ihm eine Alienakte vorzuschlagen, das alles sind Punkte, die noch sehr im Nebel der Ungewißheit stecken.

„Daily News“ giebt es als verbürgte Nachricht, daß die Vermehrung der Armee beschlossen ist. Die Ordre zur Rekrutirung ist bereits ausgegeben. Die Vermehrung betrifft fürs Erste die Infanterie und zwar sollen alle im Lande stationirten Regimenter von 750 auf 1000 Mann gebracht werden. Auch in andern Branchen ist eine Vermehrung beabsichtigt; sie dürfte sich im Ganzen auf 10,000 Mann belaufen. Das Offiziercorps wird einstweilen nicht verstärkt.

Von allen Seiten hört man nichts als Rüstungs-Nachrichten und Gerüchte. Unter anderem soll es beschlossen sein, die Grafschaftspolizei im ganzen Königreich mit Gewehr und Bajonet zu bewaffnen, wie dies in Irland längst geschehen ist und die Konstabler in Zukunft auf nicht weniger als sieben Jahre anzuwerben. Auch die londoner Polizei, heißt es, soll militärisch bewaffnet und einererzirt werden. Die Frage ist freilich noch, ob das Parlament diese Umwandlung der Polizei in eine Gendarmerie nach kontinentalem Muster sanktioniren wird. Gegen Seerüstungen erhebt man nur ökonomische Einwürfe; gegen Rüstungen zu Lande hat die Nation ein Vorurtheil anderer Art. Am populärsten sind daher Freiwilligen-Corps und Schützen-Genossenschaften nach dem schweizerischen und amerikanischen Vorbild.

In allen Häfen hat die Regierung die Zollbehörden aufgefordert, eine Liste der zum Hafen gehörigen Dampfer von über 50 Pferdekraft anzufertigen und vorzulegen. Die Dampffschiffseigner haben, wie man versichert, überall sogleich die verlangte Auskunft gegeben und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, dem Staat im Nothfall ihre ganze Dampfkraft zur Verfügung zu stellen.

Zum „Strike“ der Maschinenbau-Arbeiter. — Man bemerkt mit Entrüstung, daß einige aristokratische Jungengländer, wie Lord Goderich und Lord Ingestre, eine Art Mesalliance zwischen dem Proletariat und der Aristokratie (d. h. einer abenteuerlichen Fraktion derselben) gegen den Mittelstand anfädeln wollen. Sie kommen den Arbeitern mit Zuverkommenheit entgegen und thun alles Mögliche, um die Kluft zwischen ihnen und den Arbeitgebern zu erweitern. Die Anhänger Juggenglands predigen in allen Versammlungen über das Thema, daß der Geldadel schlimmer sei als der Geburtsadel, daß dieser allein ein Herz fürs Volk habe u. s. w. Glücklicherweise merkt der gesunde Verstand des englischen Arbeiters bald, woher der Wind bläst und verlangt etwas Solides (something substantial). So fragte einer einen beredten Lordling trocken: Wollen Sie uns 30,000 auf Ihren Gütern anstellen und jedem 30 Sh. die Woche geben? Dann lassen wir alle Fabriken stehen und alle Geldlords verhungern.

In Liverpool machen die Arbeiter neue Versuche, sich mit den Arbeitgebern zu verständigen. Letztere verlangen die Loslösung von der Amalgamated Society und das Aufgeben der Hilfsclubs, was eine sehr unbillige Zumuthung ist. Die Hilfsclubs sichern jedem invaliden Arbeiter eine Summe von 100 Pfds. und haben sich seit Jahren bewährt. — In Manchester erhielten die feiernden Arbeiter theils 15 Sh., theils 10 Sh., die Handlanger 5 Sh. wöchentliche Unterstützung. Freiwillige Beiträge sollen dort reichlich fließen.

In London beträgt die Zahl der Feiernden und Entlassenen im Ganzen 1000 Personen; doch hält es schwer, dieselben zu erhalten. So erhielten 800 Gesellschaftsmitglieder 15 Sh., 170 Neutrale 10 Sh. letzte Woche, dagegen war es unmöglich, die brotlosen Handlanger mit mehr als 4 Sh. 6 Pce. pro Mann und Woche zu unterstützen.

\* **Dublin,** 27. Jan. [Die Ermordung Chambre's.] Wegen des Mordansfalls auf Mr. Chambre — der an seinen Wunden wahrscheinlich sterben wird — sind vier Verdächtige in Haft. Bei einem fand man eine Bandmänner-Paßkarte; eine Art Legitimation, welche die Wehne ihren geheimen Dienern giebt, damit sie bei allen Affilierten Vorschub und Hilfe finden. Auf der Karte stand Mr. Chambre's Name, darunter die Unterschrift des Verhafteten mit dem Loosungswort: „A deed is to be done“ (eine That ist zu vollbringen). Man hat noch eine andere Entdeckung gemacht. Ein Verwandter des Gefangenen brachte für denselben Erfreischungen nach dem Gefängnis, die in einen Zeitungsfelsen eingewickelt waren. Man untersuchte das Papier und fand, daß es mit dem abgerissenen Ende vollständig und genau an den Rand des Papierfelsens passte, mit welchem ein von den Mörfern zurückgelassenes geladenes Gewehr zugeprägt war.

### O s m a n i s c h e s R e i c h .

Der „Agr. Ztg.“ wird von der bosnischen Grenze unterm 20. Januar geschrieben: Am heiligen Christabend der Griechen erschien plötzlich eine starke Kavallerie-Abtheilung in Banjaluka, und verhaftete eine Menge Christen und Kaufleute. Am darauf folgenden Tage würden dieselben nach Sarajevo abgeführt. Aus der Banjaluker Nähe sind an 600 Christen gefangen genommen. Es läßt sich denken, daß diese Maßregel eine tiefe Bestürzung verursachte. Niemand weiß sich den Grund derselben mit Bestimmtheit zu enträtseln. Manche behaupten, es sei die Rache von einer Verschwörung der Christen gewesen, doch dürfte sich das Gericht eben nur auf die irrite Auffassung oder Nachsucht der Türken gegen die Rajah basiren.

### P r o v i n z i a l - B e i t u n g .

○ **Breslau,** 31. Jan. [Benefiz des Herrn Erl.] Unser Opern-Repertoire wird sich durch Reprise einer seit vielen Jahren nicht gehörten Oper bereichern. Rossini's „Moses“ soll nächsten Montag den 2. Februar zum Benefiz des Hrn. Erl aufgeführt werden; eine jener großartigen Tonschöpfungen, welche dem Komponisten

über allen Wechsel des Zeitgeschmacks hinaus die Unsterblichkeit gesichert haben. Wir können Herrn Erl für diese Wahl nur dankbar sein und wünschen, daß sie auch ihm erspriesslich sei. Doch haben wir alle Ursache, dies zu hoffen, da abgesehen von der allen Musikfreunden erwünschten Wahl der Oper, der Herr Benefiziant durch seine bisherigen Leistungen einen großen Kreis von anerkennenden Verehrern sich geschaffen hat, welchen zu erweitern er durch Fleiß und Talent bestrebt ist.

Es versteht sich von selbst, daß die Direktion für eine würdige Ausstattung der Oper alle Sorge getragen hat, und es ist bereits früher schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Beleuchtungskunst des Herrn Dreilich auch diesmal sich zwar nicht im vollen Sonnenglanze des Propheten, aber in der biblischen Symbolik eines Regenbogens bewähren wird.

○ **Breslau**, 31. Jan. [Das Augusten-Hospital] aus der Anregung des vor Jahresfrist verstorbenen Dr. Bürkner hervorgegangen, hat so eben durch sein vorgeordnetes Direktorium seinen vierzehnten Jahresbericht abgestattet. Wir entlehnen demselben zur Ergänzung unserer Berichte in Nr. 13 und 14 d. J. noch, daß seit Gründung der Anstalt bis zum Schluss des Jahres 1851 in derselben 1457 kranke Kinder armer Eltern gepflegt worden sind, was wohl ein ebenso hinreichender Beweis für die große Nützlichkeit der Anstalt sein möchte, als daraus eine dringende Aufforderung entnommen werden sollte, sich wohlthätiger dabei zu betheiligen, als bisher geschehen. Die Unterhaltung der Anstalt ist wesentlich auf die Jahresbeiträge theilnehmender Menschenfreunde angewiesen, da der Kapitalsfonds verhältnismäßig sehr gering ist.

Um so erfreulicher ist es, daß letzterer durch zwei Vermächtnisse von 52 und resp. 2000 Thlr. vermehrt worden ist. Letzteres verdankt die Anstalt dem verstorbenen Hrn. S. Chr. Klose.

Zu beklagen ist, daß Hr. Dr. Tülf dem Amte eines Hospitalarztes, welches er seit dem Tode des Dr. Bürkner mit aufopfernder Liebe und segensreichem Erfolge verwaltet, nicht länger vorstehen wollte. Er hat dasselbe in die Hände des Dr. Samisch niedergelegt.

Menschenfreunde, welche dem wohlthätigen Institute ihre Theilnahme zuwenden wollen, haben sich an den Schatzmeister desselben, Herrn Stadtrath Pulvermacher, Neue Schweidnitzer Straße Nr. 2, zu wenden.

**Breslau**, 31. Januar. [Polizeiliche Nachrichten.] In der heindigten Woche sind erl. 1 todgeborenen Kindes von hiesigen Einwohnern gestorben: 34 männliche und 26 weibliche, in Summa 60 Personen. Unter diesen starben: an Abzehrung 8, Alterschwäche 4, Blattern 1, Hirnkrankheit 1, Halskibel 1, Schleimfieber 1, Nervenfieber 1, Gehirnausschweizung 1, Gehirnlähmung 1, Krämpfe 9, Gebärmutterkrebs 1, Lebenschwäche 2, Herxleiden 1, Schrak 5, Schlagfluss 2, Stickfluss 1, Luftdruckwindigkeit 1, Lungenwindigkeit 11, Lungentuberkulose 2, Brustwasserkrebs 2, Typhus 1, Lähmung 1, Herzleiden 1. Von diesen starben in den öffentlichen Krankenanstalten, und zwar: in dem allgemeinen Krankenhospital 16, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 1. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 16, von 1—5 Jahren 7, von 5—10 Jahren 4, von 10—20 Jahren 3, von 20—30 Jahren 2, von 30—40 Jahren 7, von 40—50 Jahren 6, von 50—60 Jahren 6, von 60—70 Jahren 4, von 70—80 Jahren 5.

\* † **Breslau**, 29. Januar. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 28. d. Mts. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird unverändert angenommen. Tagesordnung: Mittheilungen.

Vor der Tagesordnung bringt der Vorsitzende die alte Ordnung wegen Einführung der Gäste in Erinnerung, wonach Gäste zu den Sitzungen nur durch Mitglieder eingeführt und durch dieselben ins Fremdenbuch eingetragen werden dürfen. Fremde haben sich an den Vorsitzenden selbst zu wenden, wenn sie Zutritt erlangen wollen.

a. Der Vorsitzende verlas das Programm der neuen „Auswanderer-Zeitung“, welche seit Neujahr 1852 in Bremen erscheint. Hier nach will die Zeitung die Auswanderer so viel als möglich berathen, belehren, warnen u. s. w., sie von außerdeutschen Einschiffungen abhalten, gute Bücher empfehlen, überreiche Gebiete treu und wahr schildern u. s. w. — b. Unter der Aufschrift „deutsches Leben in Texas“ bringt dieselbe Zeitung einen Artikel von Pastor Bergmann in Texas, welcher gegenwärtig auf einer Reise durch die nördlichen Staaten, Behuhs Kollektionsammlung zum Bau einer Kirche in Ratspring, begriffen ist, in welchem Klima Fruchtbarkeit des Landes aufs Neu hervorgehoben wird, aber auch die Mühseligkeit der Arbeit, der Mangel an Kommunikation und die Unmöglichkeit, die Kinder sorgfältig genug zu erziehen und zu unterrichten, in scharsen Bürgen dargeboten wird. Entbehrung jeder Bequemlichkeit, Entbehrung sogar dessen, was in der alten Heimat als Notdurft erschien, geistige Verwahrlosung seiner selbst und seiner Kinder, harte, unausgefechte Arbeit, das ist der Dünker, mit welchem der Urwald bestellt werden muß. — c. Neben Bekleidung auf Auswandererschiffen bestehen in Bremen und Hamburg die den Auswanderern günstigsten Gesetze, daher Deutsche wohlthun, einen dieser beiden Häfen zu wählen, wenn auch der Fahrtypus um einige Thaler höher zu stehen kommt, als zu Havre, Rotterdam, Amsterdam und London. In den letzten Orten haben sich die Auswanderer den Scprovant nicht nur selbst zu beschaffen, sondern auch selbst zuzubereiten, während ihnen in den deutschen Auswandererschiffen eine gute und hinreichende fertige Speise geliefert wird. Die Auswanderung über fremde Häfen wird noch dadurch um so bedenklicher, als die Deutschen auf fremden Schiffen die übelste Behandlung zu erdulden haben, die schlechtesten Plätze erhalten, die Sprache der Seelente und Mitpassagiere nicht verstehen und den stand gesteigert, daß z. B. die großen englischen Schiffe oft 5—700 Passagiere aufnehmen, was nicht nur grobe Verlebung an der Sittlichkeit und Erzeugung von Ungeziefer nach sich zieht, sondern meist auch das Leben der Passagiere durch den Ausbruch von Schiffseibern und anderer Krankheiten aufs Spiel legt. — d. Zu den wichtigsten Momenten in dem Leben eines Auswanderers gehört der Augenblick der Landung. Hier ist es ganz besonders notwendig, die Bevorräthen zu lassen, ferner den „Rummern“ nicht Gebiß zu geben, um von ihnen nicht geprellt zu werden, unentgehlliche Dienstleistung nicht anzunehmen oder gar zu verlangen, freundlich und zugleich frech an ihn herantretenden Personen wenig oder gar keine Antwort zu geben, sondern von der Erlaubnis Gebrauch machen, nach der Landung noch 2 mal 24 Stunden am Schiffsbord zu bleiben, sich die nötigen Erkundigungen einzuziehen und dann nach entworfenem Plane des längeren Verweilens in New York oder der Weiterreise ins Innere festen Schrittes sein Ziel zu verfolgen. „Die Mittel vor Betrug zu hüten sind da, aber sie wollen aufgesucht sein. Za seinem eigenen Besten zurück geslossen und direkt gemahngelt wird dort Niemand.“ — e. Eine Broschüre von Anwandler aus Chile bringt eine Schilderung von Valdivia, so weit diese Provinz dem Verf. nach einem 7monatlichen Aufenthalte bekannt geworden sein kann. An Kriege mit den Indianern denkt hier Niemand, und selbst die Araukaner denken nicht an Krieg mit der Republik Chile, sie verwahren sich nur mit Hartnäckigkeit der Missionare. Von dem letzten Aufstande im April v. J. zu St. Tag erfuhren die Bewohner Valdivias erst im Mai. Erdbeben kommen in Valdivia nicht vor und das Klima ist stets ein mildes, schön frühlingssartiges, weder mit hohen Wärmen, noch Kältegraden. 3 und 24 Grad Wärme das sind die Extremen. Der Boden ist sehr fruchtbar, die Vegetation üppig, ohne tropisch zu sein. Die Blüthenpracht hört das ganze Jahr nicht auf. Gefährliche, d. h. reisende oder giftige Thiere sind nicht vorhanden. Die Arbeit wird thuer bezahlt und die Lebensmittel wie das Land sind äußerst billig. Gewerbe und Handel liegen noch tief darnieder. Die Bewohner sind freundlich, gesellig und gästfreie.

Die von 31 Gästen besuchte Sitzung wurde um 9 Uhr geschlossen.

♂ **Neisse**, 28. Jan. [Neuer Verein zur Aufführung klassischer Instrumental-Musik. — Konzert im Konvikt.] Auf Veranlassung und durch Anregung mehrerer Musikfreunde unserer Stadt und Garnison, nämlich des Herrn Festungs-Kommandanten, Prinzen zu Holstein, sowie ferner der Herren Bastia, Gymnasialdirektor, Lesser, Assessor und Kreisrichter, Stuckenschmidt, Musikdirektor und Andere, hat sich hier ein Komitee gebildet zur Konstituirung eines musikalischen Vereins, in welchem klassische Kompositionen mittelst Instrumental-Musik in regelmäßigen Zeitschnitten zur Aufführung kommen sollen. Schon in früheren Zeiten fanden in hiesiger Ressource unter Mitwirkung einer Kapelle der Regimentsmusik und mehrerer Dilettanten regelmäßig vergleichende Konzerte für die Gesellschaftsmitglieder statt, doch haben diese musikalischen Kränzchen im Laufe der Zeit aufgehört. Jetzt werden sowohl die Theilnehmer der Ressourcen- und Logenvereinigung, als auch außer diesen Gesellschafts Kreisen stehende Musikfreunde für den neuen Verein zur Ausführung von Instrumental-Musik gewonnen werden und soll der Herr Kommandant bereits sehr schätzenswerthe Partituren zur Verfügung gestellt haben. Die erste Versammlung ist schon für einen der nächsten Tage festgesetzt, so daß also dieses Unternehmen als gesichert erscheint. Wie wir hören, ist auch die Mitwirkung der Kräfte beider hier garnisonirenden Regimentsmusikhöre zugesagt und läßt sich nach all' den sorgfältig getroffenen Einleitungen erwarten, daß ganz gediegene Leistungen zum Vorschein kommen werden. Zu gleicher Zeit kann man diesen neuen Musikverein als eine Ergänzung der lebendigen musikalischen Bestrebungen des Männergesangvereins, wie der Singakademie, welche beide von dem thätigen Direktor Stuckenschmidt so einsichtsvoll geleitet werden, betrachten. — Anerkennend verdient erwähnt zu werden, daß auch auf dem hiesigen katholischen Gymnasium der Sinn der Jugend für die reinen Freuden der Musik und insonderheit auch des Gesanges geweckt und genährt wird; um das Interesse an musikalischen Leistungen zu erhöhen, hat am jüngst verflossenen Sonntag-Abend im hiesigen Konvikt ein Konzert von Schülern stattgefunden.

[Erwiderung.] In der Nr. 26 der Breslauer Zeitung wird von Glaz aus unter dem 23. d. Mts. berichtet:

Während rings um uns herum unsere Nachbarstädte die Gemeinde-Ordnung theils eingeschafft haben, theils mit den Vorarbeiten so weit gediehen sind, um die Einführung in kürzester Zeit erwartet zu lassen, scheint für hier noch keine Aussicht darauf vorhanden zu sein und will es uns im Gegentheil bedenken, als sei die jüngst ausgesprochene Neuförderung eines Mitgliedes des Stadtverordneten-Kollegii, möglicherweise für das hinausziehen zu wirken, mehr als persönliche Ansicht gewesen.

Von einem Hinausziehen der Einführung kann aber Seitens der städtischen Behörden nicht die Rede sein und wenn der Verfasser nur ein klein wenig über den allgemeinen Stand dieser Angelegenheit und die dabei leitenden Grundsätze sich hätte unterrichten und von dem am hiesigen Orte abwaltenden besonderen Verhältnisse hätte Kenntniß nehmen wollen, so würde er sich sein Raisonnement ganz haben ersparen können. Zu einer vollkommenen Beruhigung mag aber hier die betreffende Verfügung der königl. Regierung zu Breslau vom 28. Oktober 1850 Platz finden, welche lautet:

„Gegen den Beschluß der Stadtverordneten, wonach bei Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung die Bestimmungen des Tit. II. derselben auf die dortige Gemeinde angewendet werden sollen, finden wir, als mit der in § 9 der G. O. aufgestellten Regel übereinstimmend, nichts zu erinnern.“

Mit den Gemeinderaths-Wahlen selbst darf jedoch nicht eher vorgegangen werden, als bis über die Bildung des dortigen Gemeinde-Bezirks definitiv entschieden ist.“

Die Entscheidung über die von der Kreis-Vertretung festgesetzten Grenzen des hiesigen Gemeinde-Bezirks ist aber auf die dagegen erhobenen Reklamationen von der königlichen Regierung bis jetzt noch nicht getroffen worden.

Glaz, den 29. Januar 1852.

Der Magistrat.

† **Kreis Lubliniz**, 29. Januar. [Kommunales. — Holzdiebstähle in polnischen Grenzforsten. — Chausseebau.] Durch die auf dem abgehaltenen interimistischen schlesischen Provinzial-Landtagen gefassten Beschlüsse ist zur Unterhaltung der Irren-Anstalten, sowie zur Deckung der an die Taubstummen-Anstalten zu leistenden Zuschüsse und der zu Gunsten der Blinden-Anstalt zu Breslau gemachten Bevilligung pro 1852 ein höherer Geldbedarf notwendig. Derselbe stellt sich nach der von der königlichen Regierung zu Oppeln mittelst Verfügung dem hiesigen Landrats-Amte mitgetheilten Superrepartition für den hiesigen Kreis, mit Ausschluß der Städte, auf 589 Thaler. Jener aufzubringende Betrag, welcher nach dem seitherigen Modus auf die Dominien und Gemeinden vertheilt worden ist, soll in vier Raten, und zwar im Monat Februar, April, Juni und August, mit den landesherrlichen Steuern an die königl. komb. Steuerkasse des Kreises abgeführt werden. — Der kaiserlich russische Landes-Grenz-Kommissarius von Sienkiewicz zu Kalisch hat bei dem hiesigen Landrat und Landes-Grenz-Kommissarius Herrn von Koscielski darüber Beschwerde geführt, daß die Holzdiebstähle in den, der diesseitigen Grenze nahe liegenden polnischen Regierungs-Forsten bedeutend überhand nehmen. In Folge dieser Beschwerde hat der genannte Herr Landrat den Ortsbehörden in den Grenzortshäfen aufgegeben, die Gemeinde-Einsassen vor dem Ueberschreiten der polnischen Grenze in so schlechter Absicht zu wachen und dieselben darauf aufmerksam zu machen, daß die in Polen verübten Verbrennungen nicht ungestraft bleiben, die Thäter vielmehr auf Grund der Cartel-Konvention vom 20/8. Mai 1844 nach den diesseitigen Gesetzen bestraft werden; auch ist die russische Grenz-Wacht befugt, bei Verfolgung der Diebe im schlimmsten Falle die Schußwaffe anzuwenden, woraus betrübende Folgen entstehen könnten. — Nachdem der Bau einer Chaussee zwischen Guttentag und Lubliniz bereits auf die Strecke von einer Meile vollendet ist und der noch übrige Theil sich ebenfalls seiner Ausführung nähert, wird gegenwärtig der Bau einer Chaussee von Lubliniz nach dem polnischen Grenz-Zoll-Amte Herby, woselbst die Hauptstraße von Czestochowa nach Preußen durchgeht, projektiert. Durch die Ausführung jenes Projektes würde die Chaussee nach dieser Richtung hin erst ihren eigentlichen Abschluß erlangen, indem alsdann von Oppeln bis zur russischen Grenze eine Chausseestraße ohne Unterbrechung fortführte, wodurch zwischen der warschau-kraukauer und oberschlesischen Eisenbahn eine Abkürzung der Wegestrecke bewirkt werden möchte. Die königliche Regierung zu Oppeln soll diesem Vorhaben geneigt sein und dasselbe gegenwärtig sogar selbst in Anregung gebracht haben. Wahrscheinlich würde gleichfalls von der königlichen Regierung eine namhafte Unterstützung hierzu gewährt werden, um durch einen Bau der Bevölkerung auch in dieser Gegend Gelegenheit zum Verdienst darzubieten. Der hiesigen Kreis-Versammlung, welche für den kommenden Monat zu einer Sitzung berufen ist, wird diese Angelegenheit zur Berathung und Beschlusssfassung mit vorgelegt werden.

✓ Löwenberg, 31. Jan. [Die Aufhebung der Amtssuspension des Pastors Förster in Görissen.] So eben verbreitet sich hier die sehr angehme Nachricht, welche aus ganz zuverlässiger Quelle kommen soll, wie in Folge der beendeten Disziplinar-Untersuchung das königliche Kostatorium beschlossen habe, die über den Pastor Förster zu Görissen verhängte Amtssuspension aufzuheben und diesen bestagten, um seine Kirchgemeinde mannigfach verdienten Geistlichen nach noch weiterer Verhandlung wieder in sein geistliches Amt einzufegen.

(Notizen aus der Provinz.) \* Hirschberg. Es ist bereits gemeldet worden, daß der Vorstand des Gewerbe-Vereins eine allgemeine Versammlung zusammenberufen hatte, um in den erschafften Verein ein regeres geistiges Leben zu bringen. Jeder, der im Geringsten dazu beitragen konnte, war eingeladen. Die Versammlung fand am 27. Januar statt. Nachdem der Vorsitzende eine Skizze der Geschichte unseres Gewerbe-Vereins gegeben, schlug er die Neubildung eines Vereins vor, dessen Thätigkeit sich meist nur auf das geistige Gebiet (mit Ausschluß jeder Politik) beschränken soll. Der Vorschlag fand ungetheilten Beifall. Herr Pastor Hesse zeigte hierauf in einem sehr gebiegenen Vortrage, daß dies Ziel nur dadurch erreicht werden könne, daß der Geist des Gewerbetreibenden und Industriellen durch belehrende Vorträge aus dem industriellen, naturwissenschaftlichen und historischen Gebiete gebildet werde. Dadurch würde die Denkkraft geweckt, der Gesichtskreis erweitert und auch der Handwerker in den Stand gesetzt, sich in den verschiedensten Lagen zu helfen. Man schritt nun zur Wahl eines provisorischen Vorstandes. Unterdeß ward auf die Industrie-Ausstellung in Breslau hingewiesen, und zur Theilnahme aufgefordert. Herr Regierungsrath v. Minutoli macht auf seine Vorbilder-Sammlung aus dem gesammten Gewerbebetriebe aufmerksam und verspricht demnächstige Zuwendung von Lithographien aufgestellter Gegenstände. Möge der wiedergeborene Verein sich kräftig entwickeln! — Am 24. Januar wurde ein Bürger aus Schmiedeberg im fürstlich Reußschen Forstrevier zu Hohenwiese erhängt gefunden.

# Jauer. Der hiesige Magistrat fordert in einer ausführlichen Ansprache zur lebendigsten Beteiligung an der Industrie-Ausstellung in Breslau auf, und erklärt sich gern bereit, sowohl Zeichnungen auf Anleihescheine für die Ausstellung anzunehmen, als auch überhaupt jede weitere Auskunft zu geben. — Auch unsere „Wöchentl. Unterhaltungs-Wl.“ beginnen in lobenswerther Weise die Industrie-Ausstellung zu besprechen.

# Landeshut. Am' vorigen Sonntage gab der hiesige Gesangverein unter der tüchtigen Direktion des Hrn. Kantor Kambach ein Konzert zum Besten des „Karnöffel-Bürger-Armefonds“. Beifall wurde reichlich gespendet, möchte auch der klingende Ertrag demselben entsprechen! — Unsere „Schlesische Eisenbahn“ hat unter der neuen Redaktion sehr gewonnen, sie ist umfangreicher und bedeutend vielseitiger geworden, sie streckt die Fühlhörner ihrer Besprechungen nach allen Richtungen hin aus. So bespricht sie z. B. in ihrer neuesten Nummer die durch die Börsen-Spekulation hinaufgeschraubten hohen Getreidepreise ganz in der Weise, wie es durch mehrere Artikel der Bresl. Ztg. geschehen ist, und weist auch auf die großen Vortheile hin, welche sich die Gewerbetreibenden durch Beteiligung an der schlesischen Industrie-Ausstellung zueignen können. Auch der Magistrat erläßt in letzterer Beziehung eine an die Industriellen gerichtete Aufforderung.

= Kosel. Unser Herr Landrat nimmt aus dem Umstande, daß sich allwochentlich eine große Anzahl Arbeiter melden, die, um Arbeit und Unterhalt zu suchen, sich ins Ausland begeben wollen — Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß auch im Innlande und zwar in unserem Regierungs-Bezirke selbst, bei Eintritt der milderen Witterung hinlänglicher Erwerb durch Arbeit wird gewährt werden. Es sollen nämlich Seitens des Staates öffentliche Bauten unternommen werden, und zwar 1) an der Chaussee von Lublinz nach Guttentag, 2) an der Chaussee von Drzesche über Sohrau O/S. nach Schwarzwasser, 3) an der Bergwerksstraße von Myslowitz nach Brzezinka und Kostow, 4) an der Pferde-Eisenbahn im beuthner Berg- und Hüttenbezirk, und 5) durch die Reparatur der Bergwerksstraße. — In der That dürfte die dargebotene reichliche Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdienst das geeignete Mittel sein, der herrschenden Noth zu steuern. — Auch macht der Herr Landrat auf die Industrie-Ausstellung aufmerksam und fordert zur Beteiligung sowohl an der Ausstellung als auch an dem Zeichnen von Anleihe-Scheinen auf, indem er bemerkt, daß die Subscriptionslisten dazu in dem Amtslokal ausliegen.

## Sprechsaal.

### Sonntagblättchen.

Ich tauche mit einem gewissen Gefühl der Wehmuth meine Feder in das Dintenfaß, denn — wie lange wird's noch dauern, da kommt — nicht das Schicksal roh und kalt, sondern der Zollstab der neuen Zeitungssteuer und wirft mir meine Blättchen, als Ausschöpfelinge, als wilde Triebe der gemessenen Zeitung in den Papierkorb. Es ist aus mit der Zollfreiheit der Gedanken; sie kommen unter den Stock. Bis jetzt wurden nur die Rekruten nach dem Zollstabe gemessen, und die mehr als das Maß hatten, gehörten zu den Auserwählten der Garde; künftig soll auch an die Gedanken der Zollstab gelegt werden, und die größten gerade werden dabei zu kurz kommen; denn jeder Zoll kostet Geld! Natürlich kann von Witz, Humor, Satyre keine Rede mehr sein; nur der Styl, welcher ja auch von der Censur nicht getötet werden konnte, sondern sich im Gegenteil unter ihrer Herrschaft verfeinerte, wird auch unter der Herrschaft des Zollstabes gewinnen. Man wird sich allgemein zum Lapidarstyl bekennen und sich der telegraphischen Depeschenkürze befleissen müssen. So wird uns der Zollstab allerdings ein Stück Kopf abschneiden; aber er wird freilich auch ins Lebendige schneiden und manches Blatt und Blättchen vertrocknen lassen.

Dabei kann Einem natürlich nicht sonntäglich zu Muthe werden. Ueberhaupt, was ist denn noch an dem Sonntage? Wird unser Sonntag nicht bald so langweilig werden wie ein englischer und kann man es dem deutschen Publikum verargen, wenn es herzlich gern den Sonntag dran giebt und froh ist, wenn es dafür die Sonntags eintaucht.

Wo ist denn noch ein Sonntag? Früher war's in Wien ein ewiger Sonntag, in Wien, bei dem Volke der Phäaken, wo sich ewig drehte der Braten am Spieß; aber jetzt?

Eingeheizt wird ihnen zwar tüchtig; es wird ihnen auch was gebraten; aber sie

haben so wenig einen Sonntag mehr, daß selbst der Spieß seine Tanzfälle ganz zeitgemäß in Kasernen umwandeln will, da selbst die Universität auf russische Manier in eine Militär-Kolonie umgeschaffen werden soll.

In Württemberg kann es bei dem neuen Bagabondengesetz ohnehin niemals Sonntag werden; doch kann das Gesetz dort wenigstens den Vortheil haben, daß die guten Schwaben zu einem vernünftigen Budget kommen. Denn der Herr Finanzminister würde Gefahr laufen, bei unordentlicher Staats-Haushaltung als Bagabond behandelt zu werden. Freilich bei dem schnellen Wechsel alles Irdischen heut zu Tage, muß sich jeder ehrliche Mann auf solche Metamorphosen gefaßt machen.

Es ist dem „Bonin“ auch nicht an der Wiege gesungen worden, daß er, der einst die deutsche Flagge getragen, dermaleinst zum Viehtransport benutzt werden würde, und die Gesellschaftsretter und Ordnungsleute in Frankreich haben so wenig daran gedacht, dermaleinst als „Anarchisten“ aus dem Lande gejagt zu werden, als es sich Proudhon träumen ließ, daß seine Kommunistischen Grundsätze Frankreich regieren würden, während er selbst im Gefängnis sitzen bleibt.

Alles wiederholt sich nur im Leben.

Freilich haben sie in Frankreich die Nase gerümpft über die „Sergeanten“, die in der National-Versammlung das große Wort führen wollten; aber einmal hat sich Frankreich ja doch schon vor einem Unteroffizier gedehmütigt; kein Wunder also, daß es auch jetzt geschieht.

Der Unterschied liegt blos in dem Namen; damals hieß der „kleine Korporal“ — Napoleon; jetzt heißt der Unteroffizier, vor welchem Europa zittert — Persigny!

Ja, es ist weit gekommen mit der alten Jungfer Europa! Sie kann zu keinem Manne kommen und zittert vor dem kleinen Korporal Persigny.

Selbst das Beefsteak gefüllte England zittert und seine Börsenmänner fangen an, statt mit Papieren — mit Flinten zu spielen und als Freischärler ihren Frauen Schrecken einzuflößen.

Es ist eine schreckliche Zeit; eine Zeit zum Davonlaufen! Das ist das Wort!

Und wie die großen Ereignisse ihren Schatten vor sich herwerfen, wie die Erfindung der Guillotine beweist, zu welcher man gerade einen Tag vor ihrem dringenden Bedürfniß gelangte; so hat eben jetzt der Schuster Casson in Philadelphia die einzige zeitgemäße Erfindung der Boleros gemacht, einer Fußbekleidung von Federharz, welche Jeden, der sich ihrer bedient, auf die Sprünge bringt.

Wer fühlt nicht heut zu Tage täglich ein paarmal das Bedürfniß — aus der Haut zu fahren? Nun — mit Hilfe der Boleros kann man wenigstens ein Paar Ellen in die Luft fahren und sich eilist auf die Socken machen.

Es ist gar nicht abzusehen, wohin diese Erfindung führen kann; sehr weit jedenfalls; da ein Inhaber Cassonscher Schuhe an einem vierundzwanzigstündigen Tage 40—50 Stunden machen kann; aber wo bleibt dann Exekutor und Polizei.

Hoffentlich wird diese Erfindung nicht über den Ozean gelangen. Noch haben wir ja eine deutsche Flotte, um uns gegen die Invasion derselben zu schützen, wenn auch im „Bonin“ bereits Kälber angebunden werden.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 31. Januar. In der Sitzung des königl. Stadtgerichts, Abtheilung für Uebertretungen, vom 30. Januar wurden verurtheilt:

1) Ein Maschinenbaugehülfe, 2) ein Kellner, 3) zwei Tagearbeiter, 4) ein Delmüller, 5) ein Steinseifer, 6) ein Satilerlebbling, Alle von hier, wegen ungeüblichen gärmens in der Neujahrsnacht, ein Jeder zu 10 Sgr. Geld-, resp. 24 Stunden Gefängnisstrafe.

7) Eine unverehelichte Frauensperson, 8) eine verehelichte Riemergesellenfrau, Beide von hier, wegen öffentlicher Unsitthlichkeit, eine Jede davon zu 10 Sgr. Geld-, resp. 24 Stunden Gefängnisstrafe.

9) Ein Fuhrmann aus Waldenburg, wegen Pässage-Verengung, zu 1 Thl. Geld- oder 24 Stunden Gefängnisstrafe.

10) Ein hiesiger Handlung-Commis, wegen Ankauß eines Waffenrocks und eines Faßhinen-Messers von einem ihm unbekannten Militär mit Verabsäumung der nöthigen Vorsichtsmahrgeln, zu 1 Thl. Geld- oder 24 Stunden Gefängnisstrafe.

11) Ein hiesiger Kaufmann, wegen Offthalten seines Verkaufsstalls am Neujahrstage, zu einer Strafe von 3 Thl. oder 2 Tagen Gefängnis.

12) Eine hiesige Frau, wegen unterlassener Impfung ihres unehelichen Kindes innerhalb des ersten Lebensjahres, zu einer Strafe von 10 Sgr. oder 24 Stunden Gefängnis.

13) Ein hiesiger Agent, wegen unterlassener Meldung einer zu sich in Wohnung genommenen fremden Person, zu 1 Thl. Geld- oder 24 Stunden Gefängnisstrafe.

14) Ein hiesiger Todtenträger, wegen Beerdigung zweier Kinderleichen in ein Grab, zu einer Strafe von 10 Sgr. oder 24 Stunden Gefängnis.

### Amtliche Verfugungen und Bekanntmachungen.

Der Staats-Anzeiger Nr. 27 enthält eine allgemeine Verfugung des Justizministers vom 24. Januar — betreffend den Anlaß und die Erhebung der Gebühren der Rechtsanwälte und Notarien, worin einige über die Auslegung der betreffenden neuen Gesetzgebung erhobene Zweifel und Bedenken erledigt werden. Die Verfugung berührt neun Punkte, aus denen wir folgendes herausheben:

1) Wenn im Mandatsprozeß nach § 3 der Verordnung vom 1. Juni 1833 auf Vorbringung der Einreden mit der mündlichen Verhandlung zugleich die Beweisaufnahme angeordnet oder letztere mit jener ohne Weiteres verbunden wird, so kann für die Beweisaufnahme nicht besonders liquidirt werden.

2) Wenn eine Sache in höherer Instanz zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung in die untere Instanz zurückgewiesen wird, so kann der Rechtsanwalt für diese nicht wie für einen neuen Prozeß liquidirt, sondern für seine Bemühungen, einschließlich der bereits früher aufgewendeten, überhaupt nur diejenigen Gebühren in Anlaß bringen, welche er zu liquidiren gehabt hätte, wenn die Erörterung und Entscheidung von Anfang an in der betreffenden Instanz auf die dahin zurückgewiesenen Punkte mit gerichtet gewesen wäre.

3) Zu den im § 27 der Verordnung vom 21. Juli 1846 gedachten Sachen, in welchen die Anmeldung und Rechtfertigung des Rechtsmittels binnen drei Tagen beim Richter erster Instanz erfolgen muß, kommen, dem Mandatar dieser Instanz für die Rechtfertigung keine besondere Gebühren zu.

4) Wenn in einem und demselben Termine die Klagebeantwortung, die mündliche Verhandlung und eine vom Gericht angeordnete Beweisaufnahme erfolgt und die Sache beendigt wird, können dafür außer dem Sa. § 4 A. auch die Sä. unter B. und C. liquidirt werden.

5) Der Sa. C. kommt überhaupt zur Anwendung, wenn eine Beweisaufnahme angeordnet ist und stattgefunden hat, kann also von dem Bevollmächtigten im Allgemeinen selbst dann liquidirt werden, wenn er — z. B. weil solche bei einem auswärtigen Gerichte stattgefunden hat — verhindert gewesen ist, derselben beizuwohnen.

6) Wenn in denjenigen Sachen, in welchen der Termine zur Klagebeantwortung und zugleich zur mündlichen Verhandlung anberaumt wird, der Verklage in diesem Termine nicht erscheint, oder der erschienene Verklage, ohne Einreden geltend zu machen, die Forderung anerkennt, oder der Kläger, ohne daß es zur weiteren Verhandlung kommt, der Klage entsagt, so kann nicht der Sa. B. liquidirt werden.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

## Zweite Beilage zu № 32 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 1. Februar 1852.

(Fortschreibung)

**Das Amtsblatt** Stück 4 der kgl. Regierung zu Oppeln enthält die auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung erlassene Verordnung vom 20. Januar, betreffend die Bestrafung der Übertritte in Privatforsten. Es werden in derselben die Strafen festgesetzt für Hutungs-, Gräser-, Waldstreu- und Holz-Kontraventionen. Bei jeder Kategorie dieser Kontraventionen wird unterschieden, ob der Kontravent im Besitz einer Hutungs- u. c. Gerechtigkeit ist oder nicht. Ein sünftiger Abschnitt handelt von andern Forstpolizei-Kontraventionen, welche in die obigen Kategorien nicht fallen.

### Kleine Nachrichten.

[Austräge an Justiz-Baume in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten.] Zwischen dem Justizministerium und dem Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten hat in Bezug auf die Erteilung von Austrägen an Justizbeamte in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten vor Kurzem eine Erörterung und Feststellung der hierbei und nach Maßgabe des § 198 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 in Frage kommenden Grundsätze stattgefunden. Beide Ministerien sind darüber einverstanden, daß diejenigen Justizbeamten, welche einen Auftrag von der Auseinandersetzungsbehörde erhalten, die Genehmigung ihrer Vorgesetzten zu deren Annahme einzuhalten haben. Es soll ferner als Regel festgehalten werden, daß die den Justizbeamten zu ertheilenden Austräge auf deren Amtsbezirk zu befränken sind. Der Herr Justizminister hat endlich noch gewünscht, daß im Interesse des Justizdienstes die Beamten seines Amtes in der Regel nur mit Belehrung einzelner Geschäfte beauftragt und daß, wenn dennoch die Übertragung der Bearbeitung ganzer Auseinandersetzungen an solche für erforderlich erachtet werden sollte, in Gemäßheit der Vorschrift des § 108 I. c. nur einfache Sachen ausgewählt werden möchten. Das Ministerium für landwirtschaftliche Angelegenheiten hat dies den betreffenden Regierungen und Generalkommissionen, das Justizministerium den Gerichtsbehörden zur Nachricht zugesetzt.

[Anwendung der polnischen Sprache in Prozeßschriften.] Es ist neuerdings in der Provinz Posen mehrfach der Fall vorgekommen, daß bei öffentlichen Verhandlungen von den Polen die Anwendung der polnischen Sprache mit Ausschluß der deutschen gefordert worden ist, trotzdem ein Theil der Verhandelnden Deutsche waren. In Bezug auf Gerichtsverhandlungen existieren hierüber gesetzliche Bestimmungen, nicht aber über Verhandlungen der Gemeindebehörden, Gewerberäthe u. c. Aber selbst bei jenen Verhandlungen kommen noch Inkovenienzen vor, und es ist deshalb eine Entscheidung des Obertribunals von Wichtigkeit, welche den Umstand betrifft, daß im Großherzogthum Posen ein Prozeß in polnischer Sprache verhandelt und der wegen Einführung eines Rechtsmittels eingereichte Schriftsaal lediglich in deutscher Sprache abgesetzt war. Das Obertribunal entschied dahin, daß dieser Umstand den Verlust des Rechtsmittels nicht zur Folge habe.

[Klage gegen den Post-Fiskus.] Das königl. Obertribunal hat sich in einem kürzlich zu seiner Entscheidung gekommenen Falle dafür entschieden: daß bei Ansprüchen, welche gegen die Post wegen verloren Gegenstände erhoben würden, die Klage in allen Fällen gegen das betreffende Postamt gerichtet werden müsse, denn diese Sachen zur Beförderung übergeben, und nicht das General-Postamt, als Vertreter des Postfiskus in Anspruch genommen werden dürfe, was bisher von den entscheidenden Gerichten nach einem Reskript des Justizministerium vom Jahre 1825 angenommen worden war.

[Reallasten auf Mühlengrundstücken.] Ebenso hat das königl. Ober-Tribunal in einer der neueren Entscheidungen aus dem Gebiete der Landeskultur-Gesetzgebung den Grundsatz ausgesprochen, daß das Gesetz vom 11. März 1850, betreffend die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten, auch auf die schon vor seiner Emanation abhängig gewesenen noch unentschiedenen Streitigkeiten über die Natur einer Abgabe Anwendung findet. Bei Entscheidung derselben kann deshalb auf die in der Deklaration vom 19. Februar 1832 für das Vorhandensein einer Grundabgabe aufgestellte Vermuthung nicht zurückgegangen werden.

### Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**Breslau**, 31. Januar. [Zur schlesischen Industrie-Ausstellung.] So wie die Ausstellung nach der Anzahl und Beschaffenheit der aufgestellten Gegenstände eine großartige zu werden verspricht, so soll auch das Lokal, ein geräumiges, schönes und ein dem ganzen Unternehmen würdiges werden. Von einigen Seiten her wurden bereits Anerbietungen für die Ausschmückung des Innern gemacht, und wenn wir auch nicht das kolossale Prachtwerk, die Glas-Fontaine der londoner Ausstellung bei uns haben werden, so dürfte es dennoch nicht an einem reizenden Springbrunnen mangeln, der kein gewöhnliches Brunnenwasser aussprudeln darf.

Sowie es bei der londoner Industrie-Ausstellung Maschinen gab, welche fortwährend in Thätigkeit waren, um den Besucher mit einem niedlichen Andenken an das größte Wunderwerk der Gegenwart zu verschen, z. B. die Maschine, welche Brief-Couverts fertigte, eine andere, welche Denkmünzen prägte u. c., so ist auch bei uns bereits eine Prägemaschine angemeldet worden, welche fortwährend arbeitet, um die Besucher gegen Entstättung eines geringfügigen Kosten-Ersatzes mit Denkmünzen zu versehen.

Auch andere Gegenstände werden ausgestellt werden, deren Besichtigung eben so amüsant als lehrreich sein dürfte. — So hat z. B. ein Hutmacher angemeldet, daß er eine ganze Geschichte des Hutes darstellen wolle, d. h. den Hut in allen seinen mannigfachen Formen und Gestaltungen, die er seit mehr als einem Jahrhundert durchwandelt hat.

Ein Posamentierer, der sich mit der Zucht der Seidenraupe in einem umfangreichen Maßstabe beschäftigt, wird die Produktion und weitere Bearbeitung der Seide bis zum verkauflichen Fabrikat, in ihrer stufenweisen Entwicklung darstellen. Man wird die mikroskopischen Eier der Seidenraupe, dann ein ganzes Heer dergleichen Raupen selbst sehen, wie sie sich ernähren und einspinnen; dann die verschiedenen Cocons und endlich alle Manipulationen, die mit letzteren vorgenommen werden, um den fertigen Seidenfaden zu erhalten.

Nach diesen vorläufigen Andeutungen, daß es auch für den Besucher, welcher dem industriellen und gewerblichen Betriebe ganz fern steht, noch viel Interessantes zu sehen geben wird, fahren wir in der Mittheilung der eingegangenen Anmeldungen der für die Ausstellung bestimmten Gegenstände fort.

Es wurden ferner angemeldet von:

General-Güter-Direktion des Fürsten Lichnowsky zu Krizanowicz, eine Partie Wollproben.

Gräflich von Frankenberg'sche Steingut-Fabrik zu Tillyowitz ein Sortiment ihrer Fabrikate.

Rum-, Spritz- und Liqueur-Fabrik der Brüder Lewy und Comp. zu Breslau: ein Sortiment ihrer Fabrikate.

Drogen-Handlung W. Schmidt und Huguenet zu Breslau: Krapp und Garancine.

Zimmergesell Seidel zu Breslau: ein Modell von Holz, einen Thurm von 2 D-Fuß Grundfläche und 10 Fuß Höhe incl. Fußgestell.

Conditor Thieme zu Breslau: eine Tragant-Szene (freie Handarbeit), die Löwen-Sagd vorstellend, 2 Fuß groß, in einem Glaskasten.

Korbmachermeister Jul. Gemz zu Breslau: ein halbrundes Sophä, ein runder Tisch, 2 Stühle, sämtlich in neuester geschmackvoller Art.

Fabrikant Drechsler zu Breslau: diverse Filz- und Seiden-Hüte.

Neue Werkstatt für Kirchengräthe von Schuh, Grell und Brettschneider zu Breslau: eine Monstranz, ein Eborium und zwei Kelche.

Korbmacher-Meister Rob. Zorburg zu Breslau: zwei Stühle, ein Blumengestell und mehre Sorten Körbe von feiner Arbeit.

Sattler-Meister Bernhard vormals Junghans, zu Breslau: verschiedene Sättel und Gegenstände aus seinem Fach.

**T T T Von der polnischen Grenze**, 30. Januar. [Anordnungen gegen Theuerung.] Während man in Preußen und anderwärts sich in Raisonnements erschöpft, um die geeigneten Mittel ausfindig zu machen, wodurch der überhand nehmenden Theuerung und dem Getreidewucher vorgebeugt werden könnte, — wird in Russland diese nationalökonomische Frage kurzweg praktisch entschieden, indem daselbst die Regierung der Theuerung von Amts wegen halt gebietet. Nachdem nämlich die russische Regierung sich die Ueberzeugung verschafft hat, daß die im Lande vorhandenen Getreide-Vorräthe für den Bedarf ausreichend sind, ist vorerst, um diese Vorräthe dem Lande zu sichern, die Ausfuhr des Getreides nach dem Auslande verboten worden. Da aber dadurch allein dem **Schwindel der Spekulanten** noch nicht hinlänglich Einhalt gethan wurde, ist durch eine zweite noch schärfere Maßregel in den Geschäfts-Verkehr noch ein tieferer Einschnitt gemacht worden. Diese Maßregel besteht darin, daß man Normal-Preise festsetzt, über welche nicht hinausgegangen werden darf. In diesem Monate wurde in allen polnischen Städten unter Trommelschlag bekannt gemacht, daß der Korsek (9 Bier-Fuß groß) Roggen nicht teurer als mit 2½ Mtl. verkauft werden darf, und **im öffentlichen Geschäfts-Verkehr einen höheren Preis beanspruchen sollte, dem würde sein Getreide sofort konfisziert werden.** Dadurch glaubt man nun jeden Wucher und die daraus hervorgehende künstliche Theuerung beseitigt zu haben, indem man für sicher hält, daß alsdann den Verkäufern kein Ausweg mehr übrig bleibt, um ihre Vorräthe anderweitig verwerthen zu können.

**Breslau**, 31. Januar. [Handelskammer.] Sitzung vom 30. Januar. Im November v. J. war an das königl. Ministerium für Handel u. s. w. ein motiviertes Gesuch mit dem Antrage gerichtet worden, daß **das auf dem hiesigen oberschlesischen Bahnhofe befindliche Transitzlager nach dem niederschlesisch-märkischen Bahnhofe verlegt** und eine Schienenumbindung zwischen letzterer Bahnhofe und der Oder hergestellt werden möchte. Hierauf war im Anfange dieses Monats der Kammer eine Zuschrift des hiesigen königl. Eisenbahn-Kommissariats zugegangen, in welcher Bedenken hervorgehoben werden, welche der Ausführung des gestellten Antrages vom Standpunkte der königl. Eisenbahn-Verwaltung sich entgegenstellen würden, und an die Kammer das Erlichen gestellt worden, sich über dieselben zu äußern. Die Berathung über diese Angelegenheit fand in der Sitzung vom 30. d. M. statt.

Nach dem Resultate derselben, welches ergab, daß über die aufgestellten Bedenken bei allgemeinem guten Willen wohl hinweg zu kommen sein dürfe, — soll dem königl. Kommissariate nunmehr geantwortet werden. — Zur sicheren Aufbewahrung der Prokuren, Cirkulare und sonstigen Dokumente wurde die Ausfassung eines feuerverfesten Schrankes beschlossen und einer Kommission der Ankunft eines solchen übertragen. — In Betracht, daß die neuesten Anordnungen des königl. Polizei-Präfekti zur Ordnung des Korn- und Produkt-Geschäfts auf dem Neumarkte nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet gewesen, beschließt man, von Neuem an die gedachte königl. Behörde den Antrag zu stellen, daß das erwähnte Geschäft endlich in einen geschlossenen Raum verlegt werden möchte, indem nur von einer solchen Maßregel durchgreifende, im Interesse dieser Verkehrs-Branche liegende Aenderungen zu verhoffen sein dürften. — Zur Verhütung, daß der Staats-Telegraph zur Absendung von Depeschen unter falschem Namen benutzt werden könnte, um aus irgend einem verwerstlichen Grunde den Adressaten zu falschen Dispositionen zu verleiten, bat die Kammer bei dem königl. Ministerium die Einführung von gestempelten Büchern in Antrag gebracht, in welche die Adressen einzuschreiben hätten. Auf dieses Gesuch lag der Bescheid vor. Das königl. Ministerium hält das vorgeschlagene Mittel dem Zwecke infosfern nicht entsprechend, als die Korrespondenten bei Abwesenheit von ihrem Geschäftsstofale z. B. in den so häufig vorkommenden Fällen, daß Depeschen unmittelbar von der Börse aus abzusenden sind, die Depeschen leichter verloren gehen könnten, wodurch aber die Compagnons oder Geschäftsführer außer Stande gesetzt würden, sich inzwischen zu eiligen Mittheilungen gleichfalls des Telegraphen zu bedienen. Es sei schon früher die Möglichkeit jenes Missbrauches zur Erörterung gekommen und wären die Telegraphen-Stationen damals schon angewiesen worden, bei der Annahme von Depeschen mit der nötigen Vorsicht zu verfahren. Darüber hinaus ließen sich Seitens der Verwaltung keine sichernden Einrichtungen treffen. — Die nächste Plenarsitzung wurde auf Montag den 2. Februar, Nachmittags 5 Uhr, anberaumt.

**Breslau**, 31. Januar. [Plenarsitzung des Gewerberaths.] Von den 9 Naturalisationsgelassen, welche hr. Samotsch vorlegte, wurden genehmigt: 1) eines Schneidegesellen, 2) eines Bäckergesellen, 3) eines Schmiedegeßellen, 4) eines Hutmachersgesellen, 5) eines Maschinendarbeiters, 6) eines Kommiss, 7) eines Tischleregesellen, 8) eines Maurers; 9) dagegen das eines minoren Schliffgesellen, welcher erst zwei Jahre hier in Arbeit steht, entschieden abgelehnt.

Der letzte Paragraph des Ortsstatuts veranlaßte eine ziemlich lebhafte und anhaltende Debatte. Derselbe lautet:

§ 14. Die Aufführung von Magazinen zum Detailverkauf folgender Handwerkerwaren, als: 1) Tischlerwaren, 2) Tapizer, 3) Schuhmacher, 4) Schneider, 5) Buchbinderveraaren, ist im Gemeindebezirk Breslau allen denjenigen, welche nicht zum selbstständigen Betriebe der genannten Handwerke befugt sind, nur mit Genehmigung der Kommunalbehörde zulässig, welche dann auch nur nach vorheriger Vernehmung der betheiligten Innung und des Gewerberaths zu ertheilen ist. Eine gleiche Beschränkung tritt für alle schon zur Zeit der Bekündigung des Gesetzes vom 9. Februar 1849 vorhandenen Magazinen ein, dergestalt, daß ohne jene ausdrückliche, nur unter gleichen Bedingungen einer vorherigen Anhörung der Innung und des Gewerberaths von der Kommunalbehörde zu ertheilende Genehmigung Niemand, der nicht zum selbstständigen Gewerbebetrieb berechtigt ist, weder den alleinigen, noch den Mitbesitz eines

solchen Magazins erwerben darf. Die Uebertragung dieser Bestimmung wird nach Vor-  
schrift des § 74 des Gesetzes vom 9. Febr. gebündet.

Die Kommission des Gewerberathes, welche den Entwurf berathen hatte, erklärt sich für Streichung des ganzen §, weil sie die Anlegung von Magazinen nicht beschränkt wissen will. — Hr. Jankowski erinnert an die früheren langwierigen Debatten über die hiesigen Möbel-Magazine, deren Ergebnis den Magazinen günstig war. Hr. Hanke spricht sich dagegen aus, indem er behauptet, die Zunahme der Magazine drücke den Werth der Handwerkerzeugnisse täglich mehr herab. Hr. Sacketheilt diese Ansicht, wofür er noch geltend macht, daß der Handelsstand den kleinen Handwerker ruiniere. Dieser werde oft durch die größte Noth gedrängt, seine Waaren unter dem Kostenpreise in das Magazin des Kaufmanns zu liefern, welchem Nebelstande aber durch die von den Gewerken selbst errichteten Verkaufsläden abzuheben sei. Der Vorsthende bemerkte nun, wie der Redner gerade für Beibehaltung der Magazine gesprochen, obwohl er sich von vornherein dagegen erklärt und wie viele kleinere Meister lediglich durch die Magazine dem härtesten Glende entrissen würden, was sie zum Theil selbst eingeräumt hätten. — Hr. Kopisch erklärt, daß nur die möglichst schärfste Eremung des Handels vom Handwerk letzterem zum Wohle gereichen könne. Nicht der Handwerker, sondern der Kaufmann müsse für den möglichst ausgedehnten Umsatz aller Industrie-Erzeugnisse sorgen, wobei er stets mehr, als der Produzent zu riskiren habe. — Hr. Lasker mache darauf aufmerksam, daß die Magazine es waren, welche dem Handwerker zuerst die Mittel an die Hand gaben, mit dem Geschäft der Mode aus Paris, London und ähnlichen Hauptstädten erfolgreich zu konkurrenzen. Hr. Lasker sprach für das Kommissionsgutachten und erinnerte dabei an das unglückliche Los des schlesischen Weber, welche durch hartnäckiges Festhalten am herkömmlichen immer mehr die Möglichkeit verloren, die Konkurrenz des Auslandes zu ertragen. Hr. Mohle meinte, daß Nebel des Handwerkers sei eigentlich keine Armut, und Hr. Hanke fügte hinzu, der Handel habe dies verschuldet; worauf Hr. Steske erwiederte, nicht der Handel, sondern der Mangel eines solchen habe das Glend der Weber herbeigeführt. Der Schriftführer sah noch einmal die Ansichten der Redner zusammen und zeigte, daß gegen die vermeintliche Übermacht des Kapitals die neuerdings ins Leben gerufenen Assoziationen den verlangten Schutz der Arbeit gewähren. Erst nach vielseitigen, traurigen Erfahrungen habe man sich zu dieser Abwehr entschlossen, und nun wolle man nicht den Erfolg abwarten, sondern sogleich jede Konkurrenz aus dem Wege räumen. Die Konkurrenz der Innungen mit den Handelsmagazinen sei aber eine Nothwendigkeit für das Gedanken der Industrie.

Endlich beschloß die Versammlung, nach dem Kommissionsgutachten, § 14 des Ortsstatus gänzlich zu streichen. Auf Antrag des Hrn. Hanke soll auch die Ansicht der Minorität in den Bericht mit aufgenommen werden.

Hierauf akzeptiert der Gewerberath das vom Schriftführer entworfene Gutachten in der Wagenbauer-Liniegelegenheit, welches auf die deshalbige Anfrage des hiesigen Stadtgerichts den Wagenbau als zum Fabrikbetriebe gehörig aus den bezüglichen Gesetzesstellen nachweist. — In Betreff der newyorker Ausstellung wird eine nochmalige Vorstellung an das Ministerium abgehen und darin das Bedauern ausgesprochen werden, daß die Regierung jenes Unternehmens nicht zu unterstützen geneigt sei, da es den diesseitigen Gewerbetreibenden leicht schmachbringender werden dürfte, als die londoner Ausstellung.

Schließlich ward das Innungsstatut der hiesigen Kammimacher mit einer einzigen Aenderung genehmigt.

\* Die diesjährige Tabakernte in Ungarn soll äußerst ergiebig ausgesessen sein. Nach statistischen Angaben wurden in Ungarn bis zum Jahre 1848 beiläufig 52,000 Tsch jährlich mit Tabak bebaut. Die verschiedenen Sorten werden im Handel nach den Hauptstationen benannt, in deren Nachbarschaft sie wachsen. Manche haben einen Umkreis von mehreren Komitatzen. Die Menge der jährlich in den Handel kommenden Sorten beläuft sich auf: 140,000 Centner Szegediner, darunter sind die Erzeugnisse des Eszener, Giongrader, Bacser und Beszter Comitats und des Banates begriffen; 68,000 Ctnr. Bülflicher, erste Sorte, Erzeugnisse des Baranyaner Comitats; 2600 Ctnr. zweite Sorte, vom Slimeger und Tolnaer Comitate; 76,000 Ctnr. Debrecziner, umfassend das Bacser, Szabolcer, Szatmarer und Templer Komitat; 18,000 Ctnr. Debrecziner, umfassend das Bacser, Szabolcer, Szatmarer und Templer Komitat; 5000 Ctnr. Lettinger; 2400 Ctnr. Temoshazer; 1500 Ctnr. Begber.

Geringere Sorten sind der Hidazer, Rakomazer, Ráader und Szemerer, von denen wenig in den größeren Verkehr kommt. Der im ganzen Lande bestehende und theuerste Tabak ist der Koszplager, Gyugos-Gyarmater und der Palankaer, von welchem nicht viel über 1000 Ctnr. jährlich erzeugt wird.

\* Breslau, 31. Januar. [Rüben-Rohzucker-Markt]. Nachdem das Geschäft in diesem Artikel bisher ein sehr flaves war, und Partien nur realisiert werden konnten, wenn Verkäufer sich in die niedrigen Gebote, welche ihnen gemacht wurden, fügten, hat sich seit Kurzem trotzdem daß fast sämmtliche Fabrikanten, welche ausschließlich nur auf Rohzucker arbeiten, ihren Rohzucker von der ganzen Campagne bereits verschlossen haben, verneigte Nachfrage eingestellt; wogegen Verkäufer, die noch Partien frei haben, zurückhaltend geworden sind. — Da nun, nach den Berichten von Magdeburg, Stettin und Berlin sich auch dort eine für das Geschäft günstigere Stimmung zeigt, so scheint es sich doch zu bestätigen, daß, in Folge der gelindnen nassen Witterung, welche höchst nachtheilig auf die ohnehin in dieser Campagne, hinsichtlich des Zucker- gehaltes wenig ergiebigen Rübe, wirken muß, das Quantum Rohzucker im Allgemeinen ungünstiger aussäßt als man glaubte, wobei sehr zu berücksichtigen ist, daß in Folge der anfänglich niedrigen Gebote, viele Partien, die als Rohzucker an den Markt getreten wären, rassiert und zu Farinen verarbeitet sind.

Circa 4000—5000 Ctnr. 1. Produkt, mittelneine Waare, wurde in vergangener Woche mit 10½ Rthl. bezahlt. — Für seines gelbes 1. Produkt wurde vergebens 10% Rthl. geboten.

E. [Welchen Einfluß die abnorme Witterung, wie sie den Januar hindurch geheerrscht, auf die Saaten haben könne] das ist eine Frage, welche nicht allein die Landwirthe, sondern die ganze Bevölkerung des Landes berührt und die zu einer recht eigentlichen Lebensfrage wird. Können wir nun gleich mit allen Folgerungen, Schlüssen und Raisonnements bei der Sache nichts ändern, so glaube ich, wird man die Stimme eines alten Landwirths, dessen Beobachtungen mehr als sechzig Jahre zurückgehen, über den Gegenstand nicht ungern vernehmen.

Ein altes Sprichwort sagt: „Januar warm, giebt eine Ernte, daß's Gott erbarm.“ Demzufolge wären die Aussichten sehr trübe. Indess ist ja keine Regel ohne Ausnahme und es kann, dem milden Januar zum Trost, eine gute Ernte kommen. Vor Kurzem war in einer Korrespondenz aus Magdeburg auf eine alte Chronik verwiesen, nach welcher im Jahre 1186 der Januar so frühlingsartig war, daß in ihm die Bäume blühten, und was noch mehr, das Frühjahr trat wirklich ein und man hatte schon im Mai Ernte und noch dazu eine sehr reichliche. Es machte diese Korrespondenz die Bemerkung, daß das heurige Jahr sich fast eben so anliesse. Indess fehlt doch noch viel bis zur Baumblüthe. Man würde eine sichtbare Hülfe des Himmels darin sehen, wenn wir dies Jahr, wenngleich nicht im Mai, so doch schon im Juni — also einen Monat früher als gewöhnlich — Ernte, und dazu eine gesegnete, hätten. Unmöglich ist die Sache nicht: denn was schon da gewesen ist, kann wiederkommen. So z. B. fing im Jahre 1811 die Roggenernte schon zwischen dem 20—24. Juni an, und sie war, trotz der Hitze und Trockenheit, dennoch eine reichliche. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts (irre ich nicht, so war es 1796) war der Januar sehr milde, und noch wärmer als dieses Jahr. Es folgte allerdings noch ein ziemlich strenger, aber auch kurzer Winter, und die Ernte war zwar keine vorzügliche, aber doch eine mittelmäßige. In den Chroniken finden wir mehrere Jahre angeführt, die dem von 1186 ähnlich waren, wo die Ernte um 1½—2 Monate früher als gewöhnlich eintrat. Das Ergebnis derselben war aber fast gerade so viel Mal günstig, wie ungünstig. Nur sehr späte Jahre, wo man zuweilen erst im Mai mit der Frühjahrsaatbestellung anfangen konnte, gaben mehr Miswachs, als gute Ernten. Mög-

uns daher der Himmel behüten, daß nicht im März und April nachkomme, was im Januar ausgeblieben ist!

Ich komme nun darauf, speziell die einzelnen Früchte Raps, Weizen und Roggen anzuführen und den mutmaßlichen Einfluss, den die jetzige Witterung auf sie ausüben kann, aufzustellen.

Am meisten Gefahr ist für den Raps, da es ein Erfahrungssatz ist, daß, wenn er in den Wintermonaten zu treiben anfängt, und dann noch strenge Kälte kommt, er zu Grunde geht. Nun aber hat er bereits stark getrieben. Zu alledem kommt noch der Mäusefraß, von welchem diese Frucht weit mehr gelitten hat, als die Getreidearten. Demnach darf man sich keine reichliche Ernte von ihm versprechen, wenn er überhaupt eine gewähren wird.

Um besten dürfte noch der Weizen durchkommen, da er nicht so früh und schnell zu treiben pflegt, wie der Roggen, obgleich er auch zu grünen und zu wachsen angefangen. Am schlimmsten wird es ihm gehen, wo er auf nassen Ackern steht, die nunmehr bei dem eingetretenen Froste ganz durchfrieren, wodurch die Wurzeln der Pflanzen stark angegriffen werden und das in erhöhterem Grade alsdann, wenn der Sonnenschein am Tage die Erde immer wieder aufthaut, was ein Aufziehen derselben veranlaßt und die Pflanzen tödet. Leider ist auf eine schützende Schneedecke bis heute den 30. Januar wenig Aussicht, und doch kann diese allein größeren Schaden verhüten.

Sehr bedenklich steht es um den Roggen, und das ganz besonders da, wo er im Herbst spät angebaut worden ist. Er ist bei den warmen Tagen völlig lebendig geworden, und hat, wo er in guter Düngung steht, mehr als zollange Blatttriebe gemacht. Diese sind besonders weich und empfindlich. Es hat aber der Roggen das mit dem Raps gemein, daß die Kälte dem, der in den Wintermonaten gewachsen ist, weit mehr schadet, als dem im Herbst gewachsenen.

Bleibt fernerhin der Frost mäßig und werden die Saaten mit Schnee bedeckt, so kann der so mild gewesene Januar eher Nutzen bringen, denn es sind durch ihn die späten Saaten, deren wir dies Jahr sehr viele haben, gewachsen und grün geworden. Machen die in den letzten Jahren so überaus anomalen Erscheinungen in der Witterung jeden sowohl auf frühere Wirkungsweise als auf metereologische Regeln gebauten Schluss zu schanden, so dürfte man wohl annehmen, daß ein strenger, noch viele Wochen anhaltender Winter kaum zu erwarten sei. Denn nach einem solchen Schlusse hätten wir höchstens im Februar noch Kälte und Schnee, dagegen im März den vollen Frühling zu erwarten, und dann wäre eine fröhle und gesegnete Ernte zu hoffen.

+ Breslau, 31. Jan. [Produktionsmarkt.] Die von den auswärtigen Handelsplätzen eingegangenen flaueren Berichte wirken heute nachtheilig auf unsern Getreidemarkt und wir sind sowohl für Roggen als Weizen um etwas gewichen. Gute Qualitäten haben allerdings keinen wesentlichen Rückgang erlitten, die geringen Qualitäten jedoch gingen mehr zurück und am Schlusse des Marktes blieb noch manches unverkauft. Gerste und Hafer blieben unverändert und von Erbsen wurde wenig angeboten.

Wir notieren heut weißen Weizen 63—75 Sgr., gelben Weizen 62—74 Sgr., Roggen 60 bis 69 Sgr., Gerste 40—48 Sgr., Hafer 27—31½ und 32 Sgr. und Erbsen 58—63 Sgr.

Von Delsaaten bemerkten wir sehr wenig, die Kauflust dafür ist sehr schwach.

In Kleesaat bleibt der Handel gesund, Käufer zeigen sich heute doch um etwas zurückhaltender, weil ihnen die Preise besonders für rothe Saat zu gefährlich scheinen. Die kleinen Differenzen verlaufen sich jedoch sehr rasch und man bezahlte rothe von 11—17½ Thlr. und weiße von 8—13½ Thlr., exquisite Sorten gelten in beiden Gattungen ½—¾ Thlr. mehr.

Spiritus war heute nicht lebhaft, Kleinigkeiten waren à 12½ Thlr. zu haben und für größere Partien war nur 12½ Thlr. Gld. Lieferungsgeschäfte ruhen ganz.

Rübbel à 9½ Thlr. erlassen.

Zinf ganz ohne Umsatz.

Von Rübenzucker ist der Absatz schleppend; es galt gelber Farin 11—12 Thlr., weißer 12½ bis 13½ Thlr. Melis 15—15½ Thlr. und Raffinad 16—16½ Thlr.

[Wollbericht.] Die Umjäge in dieser Woche waren nicht so groß, als jene der vorigen, dennoch sind einige namhafte Posten verkauft worden. Man zahlte für schlesische Einschur von 66—72 Thlr., für posensche von 58—64 Thlr., für polnische und russische von 51—55 Thlr., für Gerber- und Schwefelwolle von 44—52 Thlr., für Locken von 46—48 Thlr. Das Kontraktgeschäft wird mit der seither üblichen, keinen Preiserhöhung eifrig fortgesetzt.

W a i s e r s t a u n d .  
Überpegel. Unterpegel.  
Um 31. Januar: 16 Fuß — Zoll. 4 Fuß 9 Zoll.

Berlin, 30. Januar. Weizen loco 64—69 Rthl. Roggen loco 61½—64 Rthl., pro Januar-Febr. 61½ Br. Frühj. 62 verkauft u. Br. 61½ G. Gerste, gr. 40—42, fl. 37—39 Rtl. Hafer loco 27—28, pro Frühj. 48 Psd. 27½ u. ¾ bez. 28 Rtl. Br. 50 Psd. 29 Br. Erbsen 50—54 Rtl. Rapsoat, Winterrap 70—68. Winter-Rüben 68—66 Rtl. Sommer-Rüben 54—52 Rtl. Rübbel loco pro Jan. u. Febr. 10½ Br. 10½ G. Spiritus loco ohne Faz 27½ a ¼ Rtl. verk. mit Faz pro Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 27½ u. 27 verk. 27½ Br. 27 a ¼ Gd. März-April 28½ verk. u. Br. 28 G. April-Mai 29½ a 29 verk. 29½ Br. 29 a 29½ Gd. Br. 28½ verk. u. Br. 28 G. April-Mai 29½ a 29 verk. 29½ Br. 29 a 29½ Gd. pro Februar 60 Rtl. bez. a Br. pro Frühj. 61½—61 Rtl. bez. und Gd. pro Mai-Juni 63 Rtl. bez. u. Br. pro Juni-Juli 63 Rtl. Br. 62½ Rtl. bez. Gerste, große pro Frühj. 41½ Rtl. bez. Hafer 52 Psd. pro Frühj. 29 Rtl. Br. 50 Psd. pro Frühjahr 28 Rtl. bez. Rübbel unverändert loco 10 Rtl. Gd. pro Febr.-März 10½ Rtl. bez. u. Br. pro April 10½ Rtl. Br. pro Sept.-Oktbr. 10½ Rtl. bez. u. Br. Spiritus matt, am Landmarkt ohne Faz 13 Psd. bez. loco ohne u. mit Faz 13 Psd. bez. pro Febr. 13 Psd. bez. pro Frühj. 12½ Psd. Br. 12½, 12½ Psd. bez. 12½ G. Zinf pro Frühjahr 4½ Rtl. Br.

Liverpooler Baumwoll-Markt, 27. Januar. Preise zeigen starke Tendenz zum Steigen und Verkäufe waren außerordentlich für einen Dienstag, nämlich 15,000 B. (Export 3000, Export 4000 B.) 8000 B. Amerik. zu einem Advance von voll ½ d pro Pf. gegen Freitag; 5000 B. Surat zu 3—4 d; 600 B. Periam. und Maranham zu 5—5½ d; 500 B. Egypt. 5½—9 d und 80 Sea-Islands zu 12½—20 d. Verkauf seit Donnerstag 41,000 B. Einführung seitdem 25,000 B.

## Mannigfaltiges.

— Einem Schreiben aus Alexandrien in der „Triester Zeitung“ zufolge ist der berühmte Sarkophag, der für das k. k. Antiken-Kabinett in Wien bestimmt ist, glücklich aus dem tiefen Schachte (auf der Stelle des alten Memphis) zu Tage gefördert. Dieser Sarkophag ist ein ausgezeichnetes Stück ägyptischer Kunst und ganz mit wohlerhaltenen Hieroglyphen bedeckt; der Sarg selbst ist von Basalt, der Deckel von schwarzem Granit; das Ganze wiegt ungefähr 400 Ctr. Der Transport wird aber sehr schwierig sein, da die Stelle, wo dieses Meisterwerk der alten Egypte gestanden, über eine Stunde vom Nil entfernt ist, wohin man erst durch ein Stück der Wüste über Gräben, Dämme und aufgeweckte Schlammwerde gelangen kann.

— (Magdeburg, 29. Januar.) Große Sensation erregt hier die gestern Mittag erfolgte Verhaftung eines hiesigen Kaufmannes, gegen den der dringende Verdacht laut wurde, daß er einer ihm nahe verwandten, unverheiratheten Dame, als sie in vergangener Woche einen Besuch bei seiner Familie mache, Arsena in Konditorware beigebracht habe. Die Dame starb am Tage nach dem Besuch. (Magd. Bzg.)



## Ferdinand Hirt's Buchhandlung.

Ausser den nachstehenden und allen von irgend einer Buchhandlung öffentlich angekündigten, in Catalogen oder durch besondere Anzeigen empfohlenen Gegenständen des Buch- und Landkartenhandels, bietet unser bedeutendes, in fünfin einander gehenden Lokalen aufgestelltes Lager eine wissenschaftlich geordnete Sammlung gediener und gesuchter Bücher aus den meisten Gebieten der deutschen, französischen, polnischen, englischen und italienischen Literatur.

Breslau, am Naschmarkt Nr. 47.

Ferdinand Hirt.

[543] Soeben ist bei Georg Wigand in Leipzig erschienen und in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt 47), in Ratibor bei A. Kehler, in Krotoschin bei A. E. Stock vorrätig:

## Das erste Heft der Zeitschrift für deutsche Landwirthe für 1852.

Herausgegeben von

Hugo Schober und J. A. Stöckhardt.

### Inhalt:

Eine agrikultur-chemische Reise von Stöckhardt. — Ueber die Beköstigung des Getindes in grösseren Wirtschaften. — Ueber den Einfluss kräftiger Samen auf die Keimung und spätere Entwicklung der Pflanzen. — Beobachtungen über die Kartoffelkrankheit. — Kurze Uebersicht über die im 2. Halbjahre des Jahres 1851 erschienenen landwirtschaftliche Literatur. — Eine Ansicht des Folgengutes zu Hintergersdorf. (Stahlstich.)

Alle Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen darauf an. Preis des ganzen Jahrganges 2 Thlr.

[544] Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Breslau bei Ferdinand Hirt, (Naschmarkt 47), in Ratibor bei A. Kehler, in Krotoschin bei A. E. Stock zu haben:

## Gesammelte Bemerkungen über Trockenlegung der Felder durch unterirdische Wasserabzüge (Drains), vom Amtsraath Gumprecht.

Mit 16 in den Text eingedruckten Holzschnitten. Preis 15 Sgr.

Der Herr Verfasser, selbst praktischer Landwirth, stellt in dieser Schrift seine eigenen, auf einer zu diesem Zwecke durch Holstein und Mecklenburg unternommenen Reise gewonnenen Erfahrungen über Drains und Drainirung mit den seither von englischen und deutschen Schriftstellern mitgetheilten zusammen und erschöpft seinen Gegenstand an das Vollständige in den nachstehenden §§: 1) Was versteht man unter Drainage? 2) wie steht der Kostenpunkt sich heraus? 3) was soll sie nützen und bezwecken? 4) wie haben erfahrene Männer sich darüber ausgesprochen? 5) welche Staaten und Regierungen haben dieses System besonders hervorgehoben und begünstigt? 6) was hat sich jetzt in Erfahrung und bei Drainanlagen bewährt? 7) wie soll man sich vor Fehlern und Missbräuchen bei Drainanlagen hüten? 8) wo sind gelungene Beispiele zu sehen? 9) welches Material und welche Maschine wendet man an.

Johannes Springer.

[545] Im Verlage der J. G. Galveschen Buchhandlung in Prag ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt 47), in Ratibor bei A. Kehler, in Krotoschin bei A. E. Stock vorrätig:

## Der angehende Landwirth

von J. G. Elsner.

19½ Bogen kl. 8. geh. Preis 1 Thlr.

Mit besonderer Vorliebe hat der Herr Verfasser dieses Handbuch zusammengestellt und darin den reichen Schatz seiner langjährigen Erfahrungen im ganzen Umfange der Landwirtschaft niedergelegt. Selbst sehr tüchtige Landwirthe werden darin noch manches Neue finden und da jeder Zweig der Dörflichkeit gleich gründlich behandelt ist, wird es Niemand unbestreitet aus der Hand legen. Wenn dieses Buch daher zunächst für Zöglinge und Anfänger geschrieben ist, so kann es doch auch solchen praktischen Landwirthen, die das Bedürfniss fühlen, sich in einem oder dem andern Zweige ihres Faches gründlich zu belehren, besonders empfohlen werden. Naumentlich machen wir auf die Abschnitte über Bodenverbesserung und über Viehzucht, über den Dünger, über das Rechnungswesen und über die Wirtschaftseinrichtung besonders aufmerksam.

[546] Im Verlage von Wiegandt und Grieben in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau bei Ferdinand Hirt (Naschmarkt 47), in Ratibor bei A. Kehler, in Krotoschin bei A. E. Stock vorrätig:

## Besserer landwirtschaftlicher Hülf- und Schreib-Kalender für 1852. Herausg. von O. Menzel und Dr. Alex. von Lengerke.

In englisch Leinen gebunden 22½ Sgr., in Leder 25 Sgr., mit Papier durchschossen 2½ Sgr. theurer. Nebst einer Gratis-Beilage.

## Das Buch der Fortschritte auf dem gesammtten Gebiete der Landwirtschaft während der letzten 10 Jahre.

Von Dr. C. Segnit 1. Lieferung 1.

Es lässt sich erwarten, dass dieser Kalender wegen seines vortrefflichen Inhaltes und der durchaus zweckmässigen Einrichtung von jedem Landwirthe den sonst gebräuchlichen Schreib-Kalendern und Notizbüchern vorgezogen werden wird. Wir machen besonders diejenigen Landwirthe, welche nicht in regelmässigem Verkehr mit einer Buchhandlung stehen, auf die Nützlichkeit dieses Werthens aufmerksam und eruchen sie, sich mit demselben, dessen Brauchbarkeit kaum von einem anderen landwirtschaftlichen Buche übertroffen werden möchte, bekannt zu machen.

[1115] **Wollene Gesundheits-Jacken,**

Unterbeinkleider, Strümpfe, Socken und Kribbinen empfiehlt in reichster Auswahl: Herrmann Wittauer, Nikolaistr. 15.

[1100] Wir empfinden heut die erste Sendung von **Frischen rothen u. ganz süßen Messiner Apfelsinen** und wir empfehlen davon zur geneigten Abnahme 15 bis 20 Stück für 1 Thlr., im Einzelnen ebenfalls billigst:

Gebrüder Friederici,  
Oblauerstraße Nr. 5/6 zur Hoffnung.

[1121] **Die Spiegel- und Goldleisten-Fabrik**  
von August Wabschke, Bergolder u. Staffeler, Oblauerstraße 8, im Rautenkrauz, empfiehlt ihr vorrätigstes Lager in grösster Auswahl zu den solidesten Preisen.

[890] Gut gereinigten keimfähigen Kiefer-, Fichten-, Erlen-, Weißbuchen-, so wie andern Wald- und Grassamen empfiehlt zu den möglichst billigen Preisen:

M. Waldheim, Karlsruhe D.-S.

## Trewendt & Granier

Buch- und Kunst-Handlung (Albrechtsstraße Nr. 39, vis-à-vis der königl. Bank).

[548] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen, in Breslau durch Trewendt und Granier, zu beziehen:

## Das erste Heft der deutschen Vierteljahrs-Schrift für 1852.

Januar — März.

Preis des Jahrgangs von 4 Heften zusammen von mehr als 80 Bogen  
7 Rthlr. 10 Sgr.

Inhalt: Zur preußischen Verfassungsfrage. — Der Seehandel und Schiffahrtsverkehr der deutschen Ost- und Nordseehäfen in seiner Gegenwart und wahrscheinlichen Zukunft. — Bildung einer deutschen Landwehr. — Die Schwanken in den Preisen der edlen Metalle und der Wertpapiere und die Mittel zur Befestigung der Geldverhältnisse. — Die Sinnestäuschungen. — Versicherungsanstalten und Abdeckereigerechtsame. — Der Handelsvertrag zwischen Preußen und Hannover. — Die gegenwärtige Lage der Dinge in Deutschland.

Was diese Zeitschrift zu erreichen wünscht, wäre für den jeweiligen Standpunkt der verschiedenen geistigen Richtungen, eine Reihe von leadings articles über die wichtigeren Zeitfragen nicht im Geiste und Umfang eines Tageblatts, sondern in dem einer Vierteljahrs-Schrift übersichtlich aufgefasst, und zwar mit sorgfältiger Beachtung des Nothwendigen und Praktischen, mit reislicher Erwähnung dessen, was gerade an der Zeit ist, mit gänzlicher Entfernung der Leidenschaften des Tages, mit deutscher Unparteilichkeit und deutschem guten Glauben, und mit dem ruhigen würdigen Tone, welcher der Wissenschaft zielt, und welcher allein einer guten Sache frömmen kann.

In diesem Sinne beizutragen zu der Vierteljahrs-Schrift, laden wir eben so angelegenlich als ehrerbietig alle Diejenigen ein, welchen das Bedürfniss, besonnen vorzuschreiben, und die Nothwendigkeit vorschwebt, daß die Berufs-Gehirten sich auch in Deutschland der praktischen Richtung und Bildung in dem Maße nähern müssen, in welchem diese sich zum Wissen steigert. Entsprechende Beiträge werden anständig honoriert, und im Wege des Buchhandels, aus Norddeutschland über Leipzig durch Henr. Karl Knobloch dafelbst, aus Süddeutschland aber durch Beschluss unserer literarisch-artistischen Anstalt zu München, unserer Verlags-Expedition zu Augsburg, durch Henr. Aug. Recknagel zu Nürnberg, der Jägerschen Buchhandlung zu Frankfurt, oder direkt durch den Postwagen uns am besten zukommen.

Stuttgart und Tübingen, Januar 1852.

J. G. Cotta'scher Verlag.

## Die wichtige Schrift für Seifenfabrikanten.

[549]

### Der kalte Weg,

nach den neuesten englischen Verbesserungen für

### Seifenfabrikanten.

Ersparen von Zeit, geringes Anlage-Kapital für Werkstätten, gute Ausbeute und bestes Fabrikat. Herausgegeben vom Inhaber der „Fabrik privilegirter Seifen in Berlin“

ist nun wieder für 1 Thlr. 15 Sgr. durch alle Buchhandlungen, in Breslau durch Trewendt u. Granier zu beziehen. Die Seifenfabrikation auf kaltem Wege ist in England und Frankreich mit dem glänzendsten Erfolge angewandt und es ist Zeit, daß auch die deutschen Fabriken (nachdem einige derselben am Rhein geheimnisvoll auf kaltem Wege zu arbeiten anfangen), dieser Fabrikations-Methode sich bedienen, bei der jetzt allein erfolgreiche Resultate zu erzielen sind. Es giebt diese Schrift dazu die prächtigste Anleitung.

[550] Die in der Donath'schen Verlagsbuchhandlung in Neusalza erscheinenden Monatschriften:

## Der Familienfreund.

### Eine Volks-Schrift für alle Stände.

1852. VII. Jahrgang.

Diese Zeitschrift enthält:

I. Gedichte, Erzählungen und Novellen von den beliebtesten Schriftstellern. In der Auswahl des Stoffes hierzu werden wir uns der größten Sorgfalt beschließen, und vorzüglich nur denjenigen unsere Spalten öffnen, welche eine historische Grundlage haben.

II. Historische, statistische und topographische Mittheilungen.

III. Den Erheiterungs-Salon, welcher durch eine Menge guter Anekdoten von fernigem Witz seinem Namen Ehre machen und den Leser in die beste Laune versetzen wird. Der „Familienfreund“ erscheint in monatlichen Lieferungen von 2 Bogen Median-Quart auf weißem Druckpapier; jeder Lieferung werden 2 mit allem Fleiß gearbeitete Lithographien, sowie am Schlusse des Jahrganges mit dem 12. Heft ein Titel mit Inhalts-Verzeichniß, und ein fein gearbeitetes Prämienblatt in groß Folio beigegeben.

Der Preis der Monatslieferung ist 2½ Sgr.

## Der Wanderer.

### Ein echtes Volksblatt

in monatlichen Lieferungen.

1852. IX. Jahrgang.

Der gute Klang, welchen der Name dieses wahrhaften Volksblattes schon seit einer Reihe von 9 Jahren im In- und Auslande hat, überweht uns jeder weiteren Erläuterung der Tendenz desselben, und glauben wir nur sagen zu dürfen, daß dieselbe vollkommen dem Titel entspricht.

Das Blatt erscheint monatlich 1½ Bogen Text in klein Quart mit 2 Lithographien; der 12. Lieferung wird ein Titel und ein

sauber lithographirtes Prämienblatt

beigegeben.

Der Preis der Monatslieferung ist 2 Sgr.

sind durch die Herrn Trewendt u. Granier in Breslau zu beziehen.

Obengenannte Blätter haben sich einen so weiten Leserkreis erworben, besonders ist der Familienfreund so liebgewonnen worden, daß es nicht nötig ist, zur Empfehlung desselben noch ein Wort zu sagen.

Frühere Jahrgänge sind noch vollständig gehetzt in Umschlag zu haben;

Der Familienfreund zu 19 Sgr.

der Wanderer zu 15 Sgr.

Neusalza, im Januar 1852.

Donath'sche Verlagsbuchhandlung.

Hein gemahlenen Neuländer Dünger-Gips,

Hein gemahlenen oberschlesischen ditto,

Schwefelsäure, Salzsäure und Guano

[1077] C. G. Schlabitz, Katharinenstraße Nr. 6.



[1104] In einer bedeutenden Kreis- und Garnisonstadt Niederschlesiens ist ein Gaffbos II. Klasse mit einem großen Garten für 6000 Rtl. mit 1500 Rtl. Angeld zu verkaufen. Das Nähere sagt

### F. Mähl,

Schweidnitzer Stadtgraben 13, im Rosenberg.

[1556] Von 1851er

eigner Ernte,  
Samen der höchst züchterischen, rein weißen  
Zucker-Nunkelrübe (Bettarave blanche de  
Silesie) und Samen meiner Niesen-Futter-  
Nunkelrübe, sowie Nova Scotia Treib-  
Nierenkartoffeln für Mistbeete, sowie für Mist-  
beeteberei als auch fürs freie Land empfiehlt  
in ausgezeichneter Güte und erprobter Keim-  
kraft alle Sorten Gartengemüse, Blumen-  
und Feldsamen zur geeigneten Abnahme:

**Friedrich Gustav Wohl,**  
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 12.

[551] Engagement-Gesuch.

Ein Handlungs-Commiss mit den besten Zeug-  
nissen versehen, sucht bald oder zu Ostern eine  
dauernde Stellung. Öfferten erbittet man  
Chiſſe A. Z. Freiburg poste restante zu zufenden.

[555] Larven

von Sammt, Seide, Wachs und Papier, in der  
größten Auswahl, zum Wiederverkauf und eige-  
nem Gebrauch, offerirt zu den billigsten Preisen:  
**S. G. Schwarz**, Ohlauerstraße Nr. 21.

[1069] Ein junger Dekonom,

welcher schon mehrere bedeutende Rittergüter  
selbstständig bewirthschaftet hat, sucht jetzt, weil  
er das Stadtsleben dem Landesleben vorzieht, eine  
Stelle als Pächter, Rechnungsführer, Admini-  
strator einer Wirtschaft in der Stadt zu über-  
nehmen; derselbe macht auf Gehalt gar keine  
Ansprüche, sondern wünscht nur einzig und  
allein eine freundliche Aufnahme bei einer Fa-  
milie zu erzielen, welche sich in Paris, Berlin oder  
Breslau zugetragen haben, stichhaltig ist.

Öfferten werden X. Y. Z. poste restante  
Breslau entgegen genommen.

[1089] Wie nach dem Tode meines Mannes  
unter der Firma „J. G. Krambs“ von mir  
fortgesführte Handlung wird im März d. J.  
ausgelösset. Ich ersuche deshalb diejenigen, welche  
an genannte Handlung oder an mich eine For-  
derung haben, solche bis 1. März zu liquidiren  
und nach Richtigkeiten sofortige Zahlung zu  
gewärtigen. Gleichzeitig bitte ich aber auch  
dringend, diejenigen, welche der Handlung noch  
schulden, die ihnen zukommenden Rechnungen  
bis spätestens 1. März zu berichtigen, weil ich  
die dann noch vorhandenen Reste zur gericht-  
lichen Einziehung überweisen muß.  
verw. Krambs, Firma „J. G. Krambs.“

### Heiraths-Gesuch.

Ein anständiger, junger Mann, dessen  
Existenz durch ein jährliches Einkommen  
von 1000 Thalern gesichert ist, sucht sich  
baldigt zu verheirathen. Darauf Bezug  
nehmende junge Damen von 18 bis höchstens  
26 Jahren — mit einem Vermö-  
gen von mindestens 6000 Thalern —  
wollen mit Vertrauen ihre Adressen, un-  
ter Zusicherung der größten Verschwiegen-  
heit, sub A. Z. I. poste restante Bres-  
lau einsenden. [1111]

[1105] Chokoladen,

als: Gewürz-, Gesundheits-, Vanillen-, sowie die  
besonders beliebte Bruch-Chokolade, ist wie-  
der vorrätig, letztere noch in der Niederlage bei  
Herrn Robert Scholtz, Buttermarkt Nr. 4,  
und in der Fabrik und Warenhandlung des

**Rudolf Hiller,**

Klosterstraße Nr. 1, Ecke der Feldgasse.

Meine Niederlage von [1109]  
Freiburger f. Strahlen-Stärke,  
= f. prima Luft-Stärke,  
= f. secunda dito  
= f. Weizen-Puder, sowie

bestes Nürnberger Ultramarinblau O. E. Blau,  
empfiehlt zur gütigen Beachtung.

**Carl Steulmann,**

Universitätsplatz- und Schmiedebrücke-Ecke 36.

**Cotillon-Orden**

und Kleinigkeiten, 100 Stück für 2, 3, 4, 5, 6  
bis 10 Thlr., verkaufen **Hübner und Sohn**,  
Ring Nr. 35, 1 Treppe. Auswärtige erhalten  
sie nach deren Bezahlung postfrei. [560]

### Für Eltern.

Das mit Repetitorium verbundene Pensionat des Pädagogen Brasche in Breslau nimmt  
jederzeit Jünglinge auf, welche hiesige Schulen  
besuchen sollen.

Herr Direktor und Professor Dr. Wissowa,  
Herr Direktor und Professor Dr. Wimmer,  
Herr Professor Dr. Kampmann, Herr Rektor  
Kämp und Herr Prorektor Kleinert werden  
die Güte haben, auf portofreie Anfragen das  
Nähere mitzutheilen. [1120]

**Lobenthal's Lichtbild-Atelier**  
Ohlauerstr. Nr. 9, 3. Etage.

**Echten Dry Madeira**,  
die Original-Flasche 17½ Sgr.  
**Echten alten Malaga**,

vorzüglich Magen stärkend,  
die Champagnerflasche 15 Sgr.

**Süßer Ungar**,  
die große berliner Bouteille 12½ Sgr.  
**Herber Ungar**,

die große berliner Bouteille 15 Sgr.  
**Dedenburger**,

die Ungarweinflasche 10 u. 15 Sgr.,  
Alter Franzwein, die fl. 10 Sgr.,  
Haut-Sauternes, die fl. 12½ Sgr.,  
Graves, die fl. 8 Sgr.,  
Petit-Bourgunder, die fl. 15 Sgr.,  
f. Medoc, die fl. 9 u. 10 Sgr.,  
Bowlen-Wein, roth und weiß,  
die fl. 6—7 und 8 Sgr..

**Champagner**,

dem echten Moussée in Geschmac und Wirkung  
gleich, die fl. 25 Sgr., 1 Thlr. und 1½ Thlr.,  
empfiehlt:

**Robert Hauffelder**,

[1097] Albrechtsstr. Stadt Rom.

**20,000 Thlr.**

sind auf ein hiesiges Grundstück, oder auf  
ein Rittergut sofort zu vergeben, nur  
selbst Reflektanten erfahren das Nähere  
darüber Langeholzgasse Nr. 8 bei

**J. Selten.**

[1074] Geschickte, unverheirathete **Grün-**  
**glasnäher**, welche gute Weinflaschen  
zu fertigen im Stande sind, finden in der  
Glasfabrik zu Laasan, Kreis Striegau,  
Arbeit und haben ihre Zeugnisse vorher  
einzusenden.

[1066] Für ein Geschäft, welches auch in dem  
kleinsten Dorfe Abgang findet, werden noch ei-  
nige Agenten gesucht. Adressen bittet man K.  
Breslau poste restante abzugeben.

**Türkische Pflaumen**,  
sehr groß und süß, von neuester Ernte, 15 Pf.  
1 Thlr. der Centner 7 Thlr. bei

**Rudolf Hiller**,

[1078] Klosterstr. 1 a, Ecke der Feldgasse.

Eine gebrauchte Fensterhafse,  
ein- auch zweispännig, nebst  
einem Plauwagen mit eisernen  
Axe und Drucksedern sieben  
billig zu verkaufen bei **W. Dotterweich**,

[1092] Wagenbauer, Weidenstr. 33.

**Frischen marin. Lachs**,  
**Elbinger Neunaugen**

von neuer Sendung in Original-Gebinden zu  
herabgesetzten Preisen bei

[1122] **Carl Strafa**,

Albrechtsstr. 39, der tgl. Bank gegenüber.

[1073] Zur Uebernahme von Wäsche, auch  
ganzer Ausstattungen &c. bei pünktlicher und  
sorgfältiger Anfertigung derselben, empfiehlt sich  
Karolin Kasprowicz, Ring Nr. 47,  
im Hause 3 Stiegen.

[1098] Ein herrschaftlicher Bedienter, der sich  
als Oberkellner eignet, kann sich sofort mel-  
den bei Menzel, Gesindevermischer, Bude am  
Schweidnitzer Keller.

[1072] Billig zu verkaufen ist Taschenstr. 19  
ein neuer Brettwagen mit eisernen Axi.

[1064] **Rosenthal's photographisches Atelier**, Ring 42,  
dritte Etage, Naschmarktseite.

Lichtbilder auf Papier und Platten werden  
auf das schönste und in vollkommener Ähnlich-  
keit gesertigt.

[1070] Ein Garten nebst Frühbeetfenster ist  
zu verpachten und gleich zu übernehmen. Nähe-  
res Hummerei 25.

[1065] Gut ausgestopfte Vögel sind zu ver-  
kaufen Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 71.

**Tauf- und Konfirmations-**  
Denkmünzen in Gold und Silber, Paten-  
briefe &c. empfehlen **Hübner u. Sohn**, Ring  
Nr. 35, 1 Tr. dicht a. d. grünen Röhre. 1558]

[1099] Ein junger Hühnerhund, weiß und  
braun gefleckt, hat sich bei mir eingefunden und  
kann vom Eigentümer in Empfang genommen  
werden Königplatz 3 bei Mantel, Restaurateur.

[1106] Gesucht wird per Ostern eine Woh-  
nung von 3 Stuben und Zubehör, desgleichen  
ein Garten. Öfferten mit Preis-Angabe nimmt  
entgegen der Kaufmann C. F. Sturm,  
Schweidnitzer Straße Nr. 30.

[1114] Für einzelne Herren  
ist ein Zimmer, mit oder ohne Möbel, zu ver-  
mieten. Näheres ertheilt **H. Pittauer**, Niko-  
laistraße Nr. 15 im Baden.

[1082] **Junkerstraße Nr. 18** ist die  
erste Etage, so wie 2 Zimmer im dritten Stock  
vorheraus, zum 1. April d. J. zu vermieten.

[1095] Zu vermieten  
ist die erste Etage Malergasse Nr. 30. Näheres  
im Gewölbe bei **Gebr. Bergmann**.

[1083] Ein Gewölbe  
im 1. oder 2. Viertel der Schweidnitzer- oder  
Ohlauerstraße, Ostern beziehbar, wird zu mi-  
teten gesucht. Adressen übernimmt Herr Kauf-  
mann Schmidgala, Ohlauerstraße, gegenüber  
dem landräthlichen Amts.

[1110] Zu vermieten und Ostern zu bezahlen  
ist der dritte Stock Schmiedebrücke Nr. 9.

[1084] Ein gebrauchter Tafelav. Mahagoni-  
Flügel ist billig zu kaufen: Karlsstraße Nr. 43,  
beim Instrumentenmacher.

[1081] Schmiedebrücke, Ursulinerstraße 5/6  
ist die größte Hälfte des ersten Stocks zu Termin  
Ostern zu vermieten. Das Nähere ertheilt:  
Kaufmann Haß, daselbst par terre.

[1087] Zu vermieten  
ist der Obst-Keller und das Fleischer-Gewölbe,  
Ohlauer Straße Nr. 56, Ostern dieses Jahres  
zu beziehen.

[1108] Zu vermieten und Johannit d. J.  
zu beziehen: **Blücherplatz Nr. 14** der erste  
Stock, bestehend in 1 verschlossenem Vorsaal,  
11 bewohbaren Piecen, heller Küche mit Spei-  
sekammer und reichlichem, höchst bequemlichen  
Beiglas, nötigenfalls mit Stallung und Wa-  
genplatz und Abzweigung von 2 oder 4 Piecen.  
Näheres beim Wirth oder Haushalter.

[183] Immer! Vergnügt!  
**Bischoff's Hamburger Keller**,  
Ring 10 und 11, Blücherplatz, empfiehlt sein Lager seiner Weine, Coñac  
und Arak, sowie acht englisch Porter,  
Kremser Weissbier und Erlanger  
Pilsener.

[557] Fremdenliste von Bettis Hotel.  
Graf Joseph v. Frankenberg aus Warthau.  
Gutsbes. v. Lewinski aus Losoth. Gutsbes.  
v. Blaha aus Wittendorf. Kammerherr von  
Ebler aus Pilgramsdorf. Kaufm. Kunze aus  
Hirschberg. Herr Schlumberger aus Paris.  
Major v. Gádecke aus Berlin. Direktor Keller  
aus Görlitz. Hauptm. Schmitz aus Rusland.

**Preise der Cerealien und des Spiritus.**  
Breslau am 31. Januar.  
feinste, seine, mit, ordin. Waare.

Weißer Weizen	75	72	64	59	Sgr.
Gelber dito	74	72	68	62	:
Roggen	69	67	64	60	:
Gerste	47½	46	43	41	:
Hasen	32	31	29	28	:
Erben	63	60	58	54	:
Rotte Kleesaat	—	17	15	12	—14Rt.
Weisse Kleesaat	—	13½	12	9—11Rt.	—
Spiritus 12½ Rtl. bez. 13 Rtl. Br.	—	—	—	—	—

Die von der Handelskammer eingesetzte  
Marktkommission.

30. u. 31. Jan. Abd. 10 U. Mrg. 6 U. Nchm. 2 U.	27"7", 72"7", 25"7", 27"8", 71
Zustand bei 0°	—
Luftwärme	— 1,0 + 0,2 + 2,6
Thauptpunkt	— 2,2 — 1,5 — 1,8
Dunstättigung	89p. Et. 88p. Et. 67p. Et.
Wind	— 60 — 60 — 60
Wetter	heiter trübe wolbig

### Börsenberichte.

Breslau. 31. Jan. Geld- u. Fonds-Course. Holl. R. Duk. 96 Br. Kais. Duk. 96 Br. Krob'or 113½ Br. Ed'or 109½ Gl. Poln. Banl.-Billets 95½ Gl. Dester. Banl. 82 Gl. Kreis. St.-Anleihe 5% 102½ Br. N. Preuß. Anleihe 4½% 102 Br. St.-Schulb.-Sch. 3½% 88½ Gl. Seebandl.-Präm.-Sch. — Preuß. Bant. Obligat. 4% 100½ Br. Bresl. Kämm.-Obligat. 4½% 102½ Br. do. 4½% 100½ Br. Bresl. Gerechtigkeits-Oblig. 4% — Grossbör. Pos. Psbr. 4% 103½ Gl. neue 3½% 94 Gl. Schles. Psbr. à 1000 Rthlr. 3½% 7½ Br. neue schles. Psbr. 4% 103½ Br. Litt. B. 4% 103½ Br. 3½% 96 Br. Rentenbr. 99½ Gl. alte poln. Psbr. 4% 95½ Gl. neue 95½ Gl. Poln. Part.-Oblig. à 300 Gl. 4% — Poln. Schatz-Oblig. 4% — Poln. Anleihe 1835 à 500 Gl. — Poln. Anleihe dito à 200 Gl. — Kurh. Präm.-Sch. à 40 Rtl. — Bad. Goote à 35 Gl. — Eisenbahn-Aktien. Bresl.-Schweid.-Kreis. 78 Br. Prior. 4% — do. Prior.-Obligat. von 1851 4% — Bresl.-Schweid.-Kreis. 78 Br. Prior. 4% — do. Prior.-Obligat. Litt. C. 4% — Prior. 4% — Kraf.-Oberschl. 4% 82 Br. Prior. 4% — Niederschl. Märk. 5½% 93 Gl. Prior. 4% — Prior. Ser. 4½% — Prior. 5% Ser. III. Prior. Ser. IV. 5% — Wilhelmsbahn (Kol.-Oberschl.) 4% — Neisse-Brieger 4% 56½ Br. Köln-Mindener 3½% — Prior. 5% II. Emiss. — Sächs.-Schles. 4% — Fr. Wilh.-Nordb. 4% 37½ Gl. Pos. Starzard 3½% — Mechel.-Course. Amsterdam 2 Monat 143 Gl. Hamburg 1. Sicht 151½ Br. 2 Monat 150½ Br. London 3 Monat 6. 23½ Br. 1. Sicht — Paris 2 Monat — Leipzig — Paris 2 Monat — Berlin 2 Monat — Augsburg 2 Monat — Wien 2 Monat — Berlin 1. Sicht 100½ Br. 2 Monat 99½ Gl. Frankfurt a. M. 2 Monat — Berlin 3 Monat — Berlin 30. Jan. Die Börse war heute wieder sehr belebt und die meisten Effekten wurden wieder höher bezahlt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 106½ à % bez. Prior. 4½% 102½ Gl. 5% 104 Br. Kraf.-Oberschl. 81½ bez. u. Gl. 4% — Fr. Wilh.-Nordb. 4% 38, %, 37% bez. Prior. 5% 99½ Br. Niederschl.-Märk. 3½% 93 à ½ bez. u. Br. Prior. 4% 98½ Gl. Prior. 4½% 101½ bez. 5% Serie III. Prior. 101 bez. Prior. Serie IV 5% 103½ bez. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% — Oberschl. Litt. A. 3½% 132½, à 123 bez. Litt. B. 3½% 120½ Br. Rheinische 64%, 65, 64% bez. Stargard-Pol. 86½ à % bez. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 102½ bez. St.-Anleihe 1850 4½% 101½ bez. do. von 1852 101 Gl. St.-Schulb.-Sch. 3½% 89 bez. Seebandl.-Präm.-Sch. — Preuß. Bant.-Anleihe-Sch. 97½ bez. Pos. Psbr. 4% 103 Gl. 3½% 94½ Br. Poln. Psbr. 4% 95½ Br. Poln. Part.-Obligat. à 500 Gl. 4% 84% bez. u. Gl. à 300 Gl. 148 Gl.